AMTSBLATT

der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Band I Stück 17

Hannover, den 25. Mai

1961

INHALT

I. Gesetze und Verordnungen

II. Beschlüsse und Verträge

III. Mitteilungen

Nr. 109	Handreichung „Der Christ in der Deutschen Demokratischen Republik“	198
Nr. 110	Prediger- und Studienseminar der Vereinigten Kirche	208
Nr. 111	Pastoralkolleg der Vereinigten Kirche	208
Nr. 112	Lutherischer Tag 1961	208
Nr. 113	Handreichung zu den Spandauer Thesen	208
Nr. 114	Hinweis auf Veröffentlichungen	209

IV. Personalnachrichten

Theologischer Ausschuß, Oekumenischer Ausschuß, Ausschuß für Fragen des gemeindlichen Lebens, Prediger- und Studienseminar	209
---	-----

V. Aus den Gliedkirchen

Beschluß der Kirchenleitung der Evangelisch-Lutherischen Kirche Sachsens zur Erprobung von Teilen des dritten Bandes der Agende für evangelisch- lutherischen Kirchen und Gemeinden (Die kirchlichen Handlungen). Vom 16. Februar 1960	210
Kirchengesetz der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens über die Neufassung der Ordnung der Zucht für kirchliche Amtsträger. Vom 24. No- vember 1960	210
Bekanntmachung des Landeskirchenrates der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern zur Altarausgabe der Agende I — Ausgabe für Bayern. Vom 30. April 1960	211
Bekanntmachung des Landeskirchenrates der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern zu Agende II. Vom 20. Januar 1961	212
Bekanntmachung des Landeskirchenrates der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern betr. Predigttexte. Vom 4. November 1960	213
Bekanntmachung des Landeskirchenrates der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern zur Äußeren Mission — hier: „Die Sendung der Kirche in die Welt der Völker“. Vom 12. August 1960	214
Kirchengesetz der evangelisch-lutherischen Kirche in Lübeck über die Wahl des Bischofs und der hauptamtlichen Mitglieder der Kirchenleitung. Vom 6. Juli 1960	214
Beschluß der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs zur Ordnung der Trauung. Vom 15. November 1960	216
Bekanntmachung des Landeskirchenrates der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen zur Auslegung der Ordnung des kirchlichen Lebens der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschland. Vom 3. Jan. 1961	216

VI. Deutsches Nationalkomitee des Lutherischen Weltbundes

III. Mitteilungen

Nr. 109 Handreichung „Der Christ in der Deutschen Demokratischen Republik“.

Die nachstehend veröffentlichte Handreichung „Der Christ in der Deutschen Demokratischen Republik“ wurde im Auftrage der Bischofskonferenz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands erarbeitet. Die Bischofskonferenz nahm in ihrer Sitzung am 3. November 1960 diese Handreichung auf ihre Verantwortung.

Der Christ in der Deutschen Demokratischen Republik

Einleitung

I. Die Grundeinstellung des Christen zum Staat

- A. Zur biblischen Lehre von der Obrigkeit
- B. Die Bedeutung der biblischen Lehre von der Obrigkeit für die Predigt der Kirche

II. Die Grundeinstellung des Christen zur DDR

- A. Zum Selbstverständnis der DDR
 1. Zum Gesamtverständnis
 2. Zu Einzelaspekten
 - a) politisch-gesellschaftlich
 - b) wirtschaftlich
 - c) weltanschaulich-ethisch
- B. Zur Frage der Mitarbeit am staatlichen Aufbau des Sozialismus
 1. Das Problem
 2. Die christliche Haltung zur Mitarbeit

III. Praktisches Verhalten des Christen in der DDR

- A. Leben aus dem rechtfertigenden Glauben
- B. Mitarbeit in äußeren Dingen
- C. Abstinenz gegenüber der Förderung der atheistischen Weltanschauung
 1. gegenüber sozialistischen Feiern
 2. gegenüber unmenschlichen Methoden
- D. Fragwürdige Mitarbeit
 1. Die Problematik der Mitarbeit in politischen Gremien
 2. Die Problematik der Wahl bestimmter Berufe

Schlußabschnitt

Diese Handreichung untersucht die Frage, welche Möglichkeit ein Christ in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) hat, seine Zugehörigkeit zu Christus im praktischen Leben zu bewähren. Diese christliche Lebensmöglichkeit wird dadurch zu einem Problem, daß das Leben in der DDR durch einen Sozialismus

bestimmt wird, der philosophisch auf dem dialektischen Materialismus beruht und dessen integrierender Bestandteil der Atheismus ist.

Der Christ bekennt sich zu einer Solidarität mit allen Menschen. Alle sind in gleicher Weise verlorene Sünder, für die Jesus Christus gestorben ist. Diese letzte Solidarität, die zwischen Christen und Atheisten besteht, darf auch dann nicht verloren gehen oder verleugnet werden, wenn die politische und weltanschauliche Auseinandersetzung unvermeidlich ist. Sie verwehrt dem Christen eine oberflächliche Schwarz-Weiß-Malerei und eine Verteufelung des Gegners, wie sie in der politischen Propaganda üblich geworden sind. Christliche Bruderschaft, für die sich der Christ auch zu den Atheisten hinüber öffnet, folgt anderen Gesetzen als politische Frontbildung. Aber die Solidarität mit allen Menschen, die Sünder und von Gott in Jesus Christus zur Vergebung gerufen sind, darf die Besonderheit der Gemeinschaft der an Jesus Christus Glaubenden nicht verdecken. Gegenüber dem Atheisten wirkt sich diese Besonderheit darin aus, daß der Christ ihm das Zeugnis von Christus schuldig ist, das von der Predigt des Gerichtes Gottes über die Sünder, die nicht Buße tun, nicht getrennt werden kann.

Die Konflikte für das Leben des Christen in der DDR liegen aber gar nicht auf der persönlichen Ebene zwischen Menschen verschiedener Denkweise. Sie können deshalb nicht durch einen Appell an menschliche Solidarität überwunden oder auch nur verringert werden. Vielmehr stehen wir vor der Tatsache, daß sich ein atheistisch bestimmter Sozialismus mit den Mitteln des Staates der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung bemächtigt, in der der Christ täglich sein Leben zu führen hat. In einem solchen Weltanschauungsstaat ist die Glaubensfrage nicht, wie es sein sollte, die Frage einer freien Auseinandersetzung zwischen gleichberechtigten Partnern, sondern wird zu einer Frage der äußeren und inneren Existenz.

I. Die Grundeinstellung des Christen zum Staat

- A. Zur biblischen Lehre von der Obrigkeit und von irdischer Herrschaftsordnung

In dieser Situation einer atheistisch geprägten Wirklichkeit des staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens steht der Christ in Versuchung, auf der politischen und moralischen Ebene voreilig eine Gegenposition zu beziehen oder sich gar in seinem Verhältnis zur Umwelt von früheren politischen Vorstellungen leiten zu lassen. Aber das christliche Weltverständnis im allgemeinen wie auch die Beurteilung einer bestimmten Staatsordnung haben zunächst davon auszugehen, daß Gott der Herr der Geschichte ist und heute die Welt ebenso regiert, wie er sie gestern regiert hat und morgen regieren wird. Irdische Herrschaftsordnung ist auf jeden Fall ein Stück dieses göttlichen Weltregiments. Deshalb ist uns eine romantische Sehnsucht nach der Vergangenheit ebenso verwehrt wie eine prinzipielle Verweigerung einer wirksamen Mitarbeit an der Gestalt des menschlichen Zusammenlebens in der Gegenwart.

Eine Anleitung zum Verhalten gegenüber irdischer Herrschaftsordnung finden wir am treffendsten im 13. Kapitel des Römerbriefes. Hier spricht der Apostel

Paulus von den Inhabern geordneter weltlicher Gewalt als von „übergeordneten Mächten“, denen jedermann um des Gewissens willen Gehorsam schuldig ist, weil Gott durch ihren Dienst die Welt erhält. Diesen Macht-habern ist das Schwert gegeben, damit sie ihr Amt, die Guten zu schützen und die Bösen zu strafen, notfalls mit Gewalt ausüben können. Es gibt in der Welt, in der Sünde abgewehrt und ein chaotischer Kampf aller gegen alle verhindert werden muß, einen solchen rechtmäßigen Gebrauch von Gewalt. Nicht erst die Kirche oder die Christen greifen ordnend in diese Welt ein. Es gibt ursprüngliche barmherzige Anordnungen Gottes, die auch da wirksam sind, wo man sich des letzten Ursprungs dieser Gaben nicht bewußt ist und die von Gott den Menschen überlassene Gewalt mißbraucht. Diese theologische Wertung weltlicher Herrschaftsordnung ist also unabhängig von ihrem jeweiligen geschichtlichen Zustandekommen, ihrer Gestalt im einzelnen und ihrer tatsächlichen Handhabung.

Seit Luther bezeichnet die deutsche Sprache diese „übergeordneten Mächte“ mit „Obrigkeit“. Die jüngst geführte Diskussion hat gezeigt, daß nach Auffassung der meisten Theologen dieser Begriff, ungeachtet seiner zeitgeschichtlichen Prägung, so viele auf jede Staatsgewalt anzuwendende prinzipielle theologische Elemente enthält, daß er als Gehäuse für diese Elemente so lange brauchbar ist, bis ein besserer Begriff gefunden ist. Das Wort „Obrigkeit“ ist für die göttliche Setzung durchscheinend und führt die weltliche Herrschaftsordnung aus der Anonymität heraus, indem es die Institution mit der Person ihrer Inhaber verbindet.

Der theologische Standort für die Beurteilung von Obrigkeit ist der des Glaubens. Daß Obrigkeit ist, ist in jedem Falle eine Glaubensaussage. Daher kann und darf das Urteil, ob Obrigkeit im theologischen Verständnis vorliegt, nicht in die menschliche Verfügbarkeit und Reflektion auf Grund feststellbarer Kriterien gegeben werden. Wo das geschieht, wird dem theologischen Verständnis von Obrigkeit das Herzstück ausgebrochen. Irdische Gewaltordnung ist auch da als ein Stück Weltregiment Gottes zu glauben, wo der äußere Augenschein dagegenspricht.

Die Reformation hat ihr Obrigkeitsverständnis in die Lehre von den beiden Reichen Gottes und damit in die Weite und Tiefe biblischen Welt- und Geschichtsverständnisses eingeordnet. Nur in der eschatologischen Ausrichtung der vorläufigen Erhaltung dieser Welt auf die Wiederkunft Christi hin, dessen Sieg aber schon errungen ist, kann der Widerstreit zwischen der Macht Gottes und der Tyrannei des Bösen überhaupt ertragen werden. Eine recht verstandene Lehre von der Obrigkeit, die uns den Gehorsam gegen irdische Tyrannen als ein Stück christlichen Lebens auferlegt, läßt uns auch eine drückende irdische Ordnung als Gottes gute Gabe erkennen sowie die Nöte und Schrecken dieser Welt ertragen.

Die Heilige Schrift lehrt uns, daß irdische Herrschaftsordnung ihre Herkunft und ihren Auftrag so sehr pervertieren kann, daß sie vollends zum Instrument des Bösen entartet und die Züge von Offenb. 13 annimmt. Die Spannung zwischen Gehorsam und Ungehorsam, in der der Christ unter jeder Staatsform lebt, wird hier zur Zerreißprobe. Ob ein Staatswesen in diesem Sinne der Dämonie verfallen ist, ist ebensowohl die Frage einer geistlich orientierten Situationsbeurteilung wie das hier geforderte praktische Verhalten des Christen. Keine Lehre von der Obrigkeit kann dann den bedrängten und angefochtenen Gewissen ihre Last und Zweifel hinsichtlich des rechten Gehorsams nehmen. Auf keinen Fall aber darf sie den Trost des Evangeliums schuldig bleiben. „Hier ist Geduld und Glaube der Heiligen!“ (Offenb. 13, 10).

B. Die Bedeutung des biblischen Obrigkeitsverständnisses für die politische Predigt der Kirche und für die Stellung des Christen in Staat und Gesellschaft

Auf diese Weise lehrt uns die Heilige Schrift, die Welt in aktiver Mitarbeit an ihrer Gestalt, aber auch in geduldigem Ertragen ihrer Wirklichkeit zu bestehen. Zugleich wird deutlich, daß die unter dem eschatologischen Vorzeichen stehende Bewertung der weltlichen Herrschaft eine in ihren Einzelheiten bestimmte „christliche“ Ordnung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ausschließt. Das bedeutet für den Christen eine große Freiheit, indem er sich grundsätzlich in verschiedene Arten staatlicher, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ordnung als Mitarbeiter einfügen kann. Infolgedessen muß er auch revolutionäre Umwälzungen, selbst wenn sie für das sittliche Urteil mit Unrecht und Gewalttat verwickelt waren, im Geschichtsurteil des Glaubens als Handeln Gottes erkennen und als Stätte für neues menschliches Zusammenleben akzeptieren. Um der Liebe willen ist der Christ gehalten, in Beruf und Gesellschaft für das Wohl seiner Mitmenschen zu arbeiten, auch wenn er weiß, daß von der Gestalt des zukünftigen Reiches Gottes her alle Arbeit am irdischen Zusammenleben der Menschen fragwürdig ist. Wie die Kirche von ihrem eigentlichen Auftrag lebt, das Heil in Jesus Christus zu verkündigen, so ist der Christ in seiner ihn tragenden Hoffnung von irdischen Erfolgen und dem menschlichen Fortschritt unabhängig.

Aus der Distanz des Christen zur Welt und seiner gleichzeitigen Mitarbeit an ihrer Gestalt, aus der Existenz der Gemeinde Christi und ihrem Auftrag, in Gesetz und Evangelium den Menschen den Willen Gottes zur Erhaltung der Welt und das Heil in Jesus Christus zu verkündigen, ergeben sich aber doch einige wesentliche Grunddaten für das öffentliche Zusammenleben, die die Kirche und ihre Glieder nicht verschweigen dürfen:

1. Das Heil in Jesus Christus erreicht den Menschen allein durch die Predigt des Wortes Gottes und die Verwaltung der Sakramente. Durch die bloße Existenz der Kirche und ihr dem göttlichen Auftrag entsprechendes Wirken ist den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Dingen jeder Heilsaspekt genommen.
2. Der Tatsache, daß es Gemeinde Jesu Christi auf Erden gibt, korrespondiert die Beschränkung der Kompetenz des Staatswesens auf die irdischen Dinge. Staatlicher Totalitätsanspruch führt zur Selbstvergötzung des Staates und zu einer Vergesellschaftung des Menschen, die jede Eigenbedeutung des einzelnen absorbiert.
3. An der Evangeliumsverkündigung trifft die staatliche Versuchung zur Totalität auf ihre eigentliche Begrenzung. Die Kirche verlangt für ihren Dienst keine Sonderstellung, aber das Evangelium läßt sich das Recht auf Verkündigung und Entfaltung im irdischen Leben nicht bestreiten. Ein Staatswesen, das sich auf die ihm von Gott gesetzten Grenzen beschränkt, läßt den hier erforderlichen Raum für die Glaubensentscheidung sowie für den Dienst der Kirche von eigenen Eingriffen frei. Insofern ist die wirksame Anerkennung von Glaubens- und Verkündigungsfreiheit für das Selbstverständnis eines Staatswesens symptomatisch.
4. Der Staat darf nicht in einer falschen Weise von der Kirche beansprucht werden. Es kann keinen christlichen Staat in dem Sinne geben, daß dieser berufen und in der Lage wäre, mit den ihm eigentümlichen Mitteln christlichen Glauben zu verbreiten und die Verwirklichung christlicher Lebensinhalte

zu garantieren. Es muß aber auch einem Staat widersprochen werden, der in dem Sinne atheistischer Staat ist, daß er selbst Atheismus propagiert, seinen Bürgern ein atheistisches Bekenntnis durch Wort oder Tat abnötigt und ihnen die Möglichkeit zum christlichen Gehorsam verwehrt. An dieser Stelle beginnt für den Christen die Notwendigkeit, Gott mehr zu gehorchen als den Menschen.

5. Die geschichtliche Erfahrung zeigt, daß eine vom Staat erzwungene Beschränkung der Glaubensfreiheit für Christen nie isoliert bleibt, sondern sich mit weiteren Freiheitsbeschränkungen verbindet. Glaubensfreiheit ist darum die Tür zu einer umfassenderen christlichen Mitverantwortung für das öffentliche Leben, die für eine wirksame Beschränkung staatlicher Machtausübung und für die Wahrung bestimmter menschlicher Grundfreiheiten einzutreten hat.
6. In diesem Rahmen ist eine Mannigfaltigkeit von Staatsverfassungen sowie Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen denkbar, die dem christlichen Urteil zu begnügen vermögen. Immer kommt es darauf an, ein Leben zu ermöglichen, das im Dienste der göttlichen Welterhaltung steht und dem Menschen seine auf der Freiheit des Glaubens und des Gewissens beruhende Würde läßt. An dieser Stelle wird die der Kirche aufgegeben Predigt des göttlichen Gesetzes für die irdische Ordnung wirksam.
7. Aus diesen allgemeinen Überlegungen folgt, daß den Christen ein politisches, moralisches, vernünftiges und geschichtliches Urteil über Staatsformen und politische Entscheidungen nicht verwehrt werden kann. Die Predigt der Kirche verbindet mit der Gehorsamsforderung gegen die von Gott gesetzte Obrigkeit den Vorbehalt der Freiheit, die Inhaber staatlicher Gewalt auf die ihnen von Gott gesetzten Grenzen hin anzureden. Das Wort Gottes, das Gebet und das Leiden sind die Waffen der Christenheit, wo es um Gottes willen zum Konflikt mit der irdischen Gewalt kommt.

Es sind geschichtliche Situationen denkbar, in denen der Kirche und ihren Gliedern jede von christlicher Verantwortung getragene eigene Mitarbeit an einem Staatswesen und an einem Gesellschaftssystem mit Gewalt verwehrt oder durch den Charakter, den die Mitarbeit hat, unmöglich gemacht wird. Es ist aber undenkbar, daß die Kirche der Reformation freiwillig darauf verzichtet, die Welt und ihre Ordnungen vom Worte Gottes her in Gesetz und Evangelium anzureden. Sie kann dies umso weniger, weil davon die Glaubwürdigkeit ihrer Predigt und die Kraft ihres Trostes abhängen.

II. Die Grundeinstellung des Christen zur Deutschen Demokratischen Republik

A. Zum Selbstverständnis der DDR

Nach dem Selbstverständnis der Deutschen Demokratischen Republik fragen wir nicht deshalb, weil wir uns in unserem Urteil davon abhängig machen. Unter Gott befindet sich auch, wer ihn nicht erkennt; seinem Gesetz und Gericht sind auch die Gottesleugner unterworfen, und sein Gnadenangebot gilt auch ihnen. Wir fragen nach dem Selbstverständnis der DDR deshalb, weil wir trotz ihres diktatorischen Charakters als Bürger immer wieder zur Mitverantwortung gefordert und damit gefragt sind, inwieweit wir uns die in diesem Selbstverständnis sich ausdrückende Zielsetzung zu eigen machen können, und weil wir, darüber hinaus, durch den Totalanspruch der in diesem Selbstverständnis zum Ausdruck kommenden Ideologie immer wieder

in die Situation kommen, in der der Christ der Welt ein klares Bekenntnis schuldet (status confessionis). Das Bekenntnis der Christenheit geschieht nicht abstrakt, in den leeren Raum hinein, sondern im Gespräch mit der Welt, als Botschaft, Rechenschaft und Antwort. Dazu bedarf es klarer Feststellung dessen, was die Welt aus ihrer Sicht denkt, hofft und tut, und einer Unterweisung der Gewissen.

1. Zum Gesamtverständnis

Die Deutsche Demokratische Republik versteht sich als einen Arbeiter- und Bauernstaat im marxistischen Sinn, und zwar „in der Periode des vollen Sieges des Sozialismus“ (Grotewohl, 23. 3. 1959, Neues Deutschland (= ND), B, 29. 3. 59, S. 4). Das Charakteristische für diesen Staat ist die unlösbare Verquickung seiner politischen und wirtschaftlichen Konzeption mit einer Weltanschauung. In untrennbarer Einheit verfolgt er immer zugleich den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft und Gesellschaft (mit dem Endziel der Errichtung der klassenlosen Gesellschaft) und die Durchdringung des staatlichen und des privaten Lebens mit dem atheistischen dialektischen Materialismus. Dadurch ist die DDR ein Weltanschauungsstaat, der den Atheismus zur Staatssache macht. Der Kampf gegen den Glauben an Gott ist unaufgebbarer Bestandteil des — in der Form der Diktatur des Proletariats vor sich gehenden — Klassenkampfes.

Die Not, in die der Christ in der DDR gerät, liegt nicht in der gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Konzeption der DDR. Das Neue Testament legt sich auf keine bestimmte Gesellschaftsordnung fest. Vom Glauben her können Christen in ganz verschiedenen Gesellschaftsordnungen leben. Von der Liebe her werden sie sich für diejenige entscheiden, die nach ihrem Ermessen dem Wohl und der Würde des Menschen am besten dient. Sie wissen, daß in einer sündigen Welt keine der bestehenden oder denkbaren äußeren Ordnungen vollkommen ist; sie werden darum, unbeschadet aller Bemühung um das jeweils Bessere, auch Mängel, Mißstände und Verkehrtheiten in Gelassenheit tragen. Nicht hier liegen also die eigentlichen Nöte.

Sie liegen darin, daß in der DDR diktatorisch und allumfassend die atheistische Weltanschauung einschließlich ihrer ethischen Konsequenzen zur Staatsgrundlage gemacht wird und alleinige Geltung im öffentlichen Leben haben soll, so daß z. B. das gesamte Schul- und Erziehungswesen in der DDR atheistisch ausgerichtet ist. Vom Christen wird nicht nur erwartet, daß er diese Lage erträgt; er könnte dies, denn er weiß, daß er als „Fremdling und Pilgrim“ in einer gottlosen bzw. heidnischen Welt lebt. Ihn bedrängt, daß er genötigt wird, aktiv für den Atheismus einzutreten, sei es, daß er (etwa als Lehrer) ausdrücklich Gott zu leugnen hat, sei es, daß er durch Mitarbeit im Bereich des Gesellschaftlich-Ökonomischen unweigerlich auch dem damit festverzahnten Atheismus Vorschub leistet.

In der erstgenannten Situation — also angesichts der Zumutung, für den Atheismus aktiv einzutreten — wird der Christ unter Einschluß jeglichen Risikos klar bekennen. Schwieriger, weil undeutlicher, ist das zweite. Hier steht, je länger, desto bedrängender die Frage auf, ob Christen überhaupt noch in der DDR leben können.

Die Lage wäre noch leichter zu bewältigen, wenn wir alle in der Glaubenserkenntnis klar und in der Glaubenshaltung unbeirrbar wären. Man darf sich damit nicht beruhigen, daß am wahren Christenglauben alle Anfechtungen der Gottlosigkeit sowieso abprallen; man muß vielmehr an die Schwachen denken.

Daß wir den einzelnen Marxisten lieben wollen, darf nicht zur Verschleierung und Verharmlosung der tat-

sächlichen Lage führen. Wir sind es ihnen schuldig, ihnen unermüdlich klar zu machen, daß die Gewissensnöte entschiedener Christen nichts mit restaurativen, reaktionären Tendenzen zu tun haben, sondern daß es ihnen um den Glaubensgehorsam gegen Gott im Alltag geht.

Im einzelnen ist zum Selbstverständnis der DDR von Gottes Wort her vor allem unter drei Gesichtspunkten Stellung zu nehmen.

2. Zu Einzelaspekten

a) politisch-gesellschaftlich:

Politisch gesehen lebt man in der DDR nach ihrem Selbstverständnis im Stadium nach vollzogener proletarischer Revolution. Diese ist hier nicht auf dem Wege eines Bürgerkrieges vor sich gegangen, auch nicht auf dem Wege einer parlamentarischen Machtergreifung des Proletariats, sondern mit dem Sieg der Sowjetunion über das Hitlerreich. Dabei ist die SU nach marxistischer Lehre als mächtigster Repräsentant der Arbeiterklasse zu sehen. Die DDR ist politisch ein Staat der Diktatur des Proletariats, ein Staat neuen Typs, eine Volksdemokratie (ND, B; 21. 9. 1959, S. 2).

Gesellschaftlich gesehen ist die DDR ein Arbeiter- und Bauernstaat. Nach Lenin bedeutet eine Revolution den Übergang der Macht von einer Klasse auf die andere, also jetzt auf die Klasse der Arbeiter in Gemeinschaft mit den Bauern, d. h. auf ihre Repräsentanten, die ihrerseits auf eine klassenlose Gesellschaft zustreben.

Die Stellung des Christen zu dieser politisch-gesellschaftlichen Situation in der DDR darf nicht davon bestimmt sein, wie man aus Traditionsgründen, vom Herkömmlichen aus, von der Gewohnheit her, das Neue beurteilen möchte, sondern nur vom Worte Gottes her. Die Bibel aber privilegiert zu Regierungsfunktionen keine bestimmte Gesellschaftsklasse. Die Tatsache des Herrschaftswechsels, die Tatsache, daß die Macht auf die Arbeiterklasse übergegangen ist, und selbst die Tatsache, daß diese Macht diktatorisch angewandt wird, kann für den Christen von seinen Glaubensvoraussetzungen aus kein Hindernis sein, diese neuen politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse zu respektieren. Wohl gemerkt: es ist vorerst nur von dem Sachverhalt die Rede, daß eine gesellschaftliche Schicht, die in früheren Zeiten die Macht nicht hatte, nunmehr die Macht hat. Wir reden jetzt noch nicht davon, was im einzelnen unter den neuen Machtverhältnissen geschieht.

b) wirtschaftlich:

Wirtschaftlich lebt man in der DDR im Stadium der Verwirklichung des Sozialismus, d. h. die Produktionsmittel (Fabriken, Bergwerke usw.) sind zum größten Teil nicht mehr in privatem Besitz, sondern — wie man sagt — in den Besitz des Volkes übergegangen. Die Landwirtschaft wird in Produktionsgenossenschaften (LPG) betrieben. Das Ganze der Wirtschaft wird nach einem staatlich festgelegten Plan gesteuert.

Wiederum davon abgesehen, was dabei im einzelnen geschieht und welche Methoden angewandt werden, ist festzustellen, daß der Christ den Sozialismus als Wirtschaftsform von der Bibel her nicht grundsätzlich ablehnen (oder auch fordern) kann. Denn eine von Christus vorgeschriebene Wirtschafts- und Eigentumsordnung gibt es nicht. Keine Eigentumsordnung ist „heilig“ oder „christlich“. Darum kann man gegen eine

Veränderung der Eigentumsordnung aus christlicher Glaubenshaltung nicht grundsätzlich protestieren, auch nicht vom 7. Gebot her. Dieses erfordert nicht eine bestimmte Eigentumsordnung, sondern gilt in jeder Eigentumsordnung, gilt in Bezug auf Privateigentum und Kollektiveigentum. Gottes Gebot deckt sich mit keiner irdischen Ordnung, sondern zeigt die in jeder Ordnung liegenden Mängel auf. Gottes Forderung: „ihm sein Gut und Nahrung helfen bessern und behüten“ erinnert im Konkurrenzkampf der freien Wirtschaft an die Verantwortung dem anderen gegenüber, wie dieselbe Forderung auch im sozialistischen Klassenkampf das Recht des anderen Menschen schützt. Aber damit wird nicht die betreffende Ordnung als solche negiert. Der Christ ist also von seinem Glauben her nicht gehindert, im Sozialismus als Wirtschaftsform zu leben.

c) weltanschaulich-ethisch:

Weltanschaulich ist für die DDR der dialektische Materialismus verbindlich, der die Materie für die einzige Wirklichkeit hält und den Glauben an Gott ablehnt. In dem Beschluß des V. Parteitag der SED heißt es wörtlich: „Im Arbeiter- und Bauernstaat kann nur der dialektische Materialismus die herrschende Weltanschauung sein, die alle Bereiche des geistigen Lebens — Wissenschaft, Erziehung, Kunst und Literatur — durchdringt“ (ND, B, 18. 7. 1958, S. 7). Ministerpräsident Grotewohl proklamiert im Blick auf die Schule in der DDR: „Die materialistisch-dialektische Weltanschauung muß innerhalb aller Fächer anerzogen werden“ (23. 3. 1959). Und Walter Ulbricht stellt in betonter Weise fest: „Der dialektische Materialismus ist in der Tat unvereinbar mit jedem religiösen Glauben“ (in dem Abschnitt „Der wissenschaftlich-atheistische Charakter unserer Weltanschauung“ in: Walter Ulbricht, „Über die Dialektik unseres sozialistischen Aufbaus“ Berlin, Dietz Verlag, 1959, S. 18).

Ginge es beim dialektischen Materialismus lediglich darum, daß die Materie nicht Illusion, sondern — wir Christen fügen hinzu, gottgeschaffene — Realität ist, so gäbe es keinen Konflikt. Der Idealismus des 19. Jahrhunderts ist eine der Bibel fremde Denkweise. Es wird auch nicht geleugnet, daß der dialektische Materialismus Gesetzmäßigkeiten herausstellt, die unbestreitbar sind. Der unüberbrückbare Gegensatz zum christlichen Glauben entsteht dort, wo die materialistische Lehre unter dem Vorwand der Wissenschaft die Grenzen des wissenschaftlich Beweisbaren überschreitet und Gott leugnet.

Ethisch steht die DDR auf dem Boden der sozialistischen Moral, wie sie in den „10 Geboten für den neuen sozialistischen Menschen“ zusammengefaßt ist. „Der dialektische Materialismus“, so sagt W. Ulbricht, „gibt zugleich die Begründung für die neue sozialistische Ethik und Moral“ (ND, B, 11. 7. 1958, S. 11). „Nur derjenige handelt sittlich und wahrhaft menschlich, der sich aktiv für den Sieg des Sozialismus einsetzt, d. h. für die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“ (ebd). Darum heißt es in dem Beschluß des V. Parteitag der SED: „Indem die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen werktätigen Schichten ein neues sozial-ökonomisches Fundament der Gesellschaft schuf, leitete sie die eigentliche sittliche Epoche der Menschheit ein“ (ND, B, 18. 7. 1958, S. 7). „Sittlich ist daher, was der Sache des Sozialismus dient“ (Grotewohl, ND, B, 29. 3. 1959, S. 4). Dieser Grundsatz soll nach der Proklamation des Ministerpräsidenten auch in die gesamte geistige und

moralische Erziehung und Bildung der Staatsbürger „eingehen“.

Die Ethik des Christen beruht unwandelbar auf den Zehn Geboten Gottes. „Es ist dir gesagt, Mensch, was gut ist und was der Herr von dir fordert, nämlich Gottes Wort halten und Liebe üben und demütig sein vor deinem Gott“ (Mich. 6, 8). Sittlich ist daher, was dem Willen Gottes entspricht. Der Christ weiß sich Gott als dem höchsten Richter verantwortlich. Das bedeutet nicht, daß er sich den von der Welt her an ihn ergehenden Forderungen grundsätzlich verschließt. Den unwandelbaren fordernden Willen Gottes hat er in den ständig sich wandelnden Lebenssituationen täglich neu zu erfragen und zu verwirklichen. So wird der Christ z. B. von Gottes Gebot her zustimmen, wenn die „10 Gebote für den neuen sozialistischen Menschen“ fordern, daß die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt (3), das Volkseigentum geschützt werden (6), daß man sauber und anständig leben und die Familie achten soll (9). Die Zehn Gebote Gottes können und müssen auch auf die sozialistische Ordnung angewendet werden. Denn eine von Menschen aufgerichtete Ordnung kann, wenn man vom christlichen Glauben her urteilt, nicht letzte Norm sein, unterliegt vielmehr der Norm des Gebotes Gottes. Gottes Gebot wandelt wohl seine Gestalt je nach der geschichtlichen Situation, in der es gilt. Aber sein Gehalt, der sich im Doppelgebot der Liebe zu Gott und zum Nächsten zusammenfaßt, bleibt konstant. Die Norm der göttlichen Forderung darf nicht durch eine andere Norm verdrängt werden. Man kann nur fragen, wie Gottes Gebot in der sozialistischen Ordnung erfüllt werden kann.

Der Christ versteht, daß, wer nicht an Gott glaubt, gar nicht anders kann, als irdische Größen zum höchsten ethischen Maßstab zu erklären. Aber er muß gerade darin einen verhängnisvollen Grundirrtum des Atheismus sehen. Man muß sich vor der Gefahr hüten, die Sittlichkeit einem vordergründigen Zweckdenken zu unterwerfen, mit dem man der Sache, der man dienen möchte, in Wirklichkeit nur Abbruch tut. „Was der Sache des Sozialismus dient“, das eben ist ja gerade das ethische Problem, der Gegenstand des ethischen Fragens! Der Satz bietet keine Sicherung dagegen, daß die Ethik den politischen Zwecken und Bedürfnissen des Augenblicks ausgeliefert wird. Fehlt dem handelnden Menschen der letzte Maßstab, dann wird er leicht — in der Meinung, den Sozialismus zu fördern — dem Sozialismus Schaden tun und ihn in Wahrheit unterminieren. Er wird z. B. leicht vergessen, daß der Zweck das Mittel nicht heiligt. Er wird übersehen, daß er leicht das Ganze verdirbt, wenn er meint, den einzelnen Menschen dem Ganzen opfern zu dürfen usw.. Die Auseinandersetzung zwischen dem Glauben an den Dreieinigen Gott und der Gottlosigkeit wird an dieser Stelle am stärksten spürbar. Der Christ ist in Konfliktsfällen gehalten, Gott mehr zu gehorchen als den Menschen (Apg. 5, 29). Er muß bereit sein, seinen Gehorsam im Leiden zu bewähren und, was sich aus seiner Haltung ergibt, aus Gottes Hand und im Vertrauen auf seine Durchhilfe willig hinzunehmen. Er soll nicht vergessen, was für einen jeden gilt: „Wir müssen alle offenbar werden vor dem Richterstuhl Christi“ (2. Kor. 5, 10).

Zusammenfassend kann bei einer jeweils gesonderten Behandlung der drei verschiedenen Aspekte, unter denen sich die DDR selbst versteht, folgendes gesagt werden:

These 1:

Von seinem in der Bibel begründeten Glauben her ist der evangelische Christ nicht auf eine bestimmte Gesellschaftsordnung festgelegt. Er ist deshalb nicht ge-

hindert, die politisch-gesellschaftliche Struktur der Deutschen Demokratischen Republik als solche zu respektieren.

These 2:

Von seinem Glauben her ist der evangelische Christ auch nicht gehindert, die sozialistische Wirtschaftsordnung der Deutschen Demokratischen Republik als solche zu respektieren.

These 3:

Von seinem Glauben an Gott in Jesus Christus her muß der evangelische Christ den dialektischen Materialismus ablehnen, weil und sofern er Gott leugnet und sein Gebot durch bloße menschliche Normen ersetzt.

B. Zur Frage der Mitarbeit am staatlichen Aufbau des Sozialismus

1. Das Problem

Die Frage nach der Grundeinstellung des Christen zur Deutschen Demokratischen Republik ist schwieriger, als es die Thesen 1—3 erkennen lassen. Denn der Christ ist zwar in der Lage, die politisch-wirtschaftliche Seite des Marxismus von dessen Weltanschauung zu scheiden und infolgedessen ein positives Verhältnis zu den sozialistischen Verhältnissen in gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Hinsicht zu gewinnen. Der Marxismus, der die DDR bestimmt, kann aber eine solche Scheidung nicht vollziehen. Für ihn gibt es die sozialistische Gestaltung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse immer nur in unlösbarer Verbindung mit dem atheistischen dialektischen Materialismus. „Den Marxismus-Leninismus allseitig studieren und anwenden heißt aber, bei der Behandlung und Anwendung aller Bestandteile des Marxismus-Leninismus von seinem atheistischen Wesen auszugehen.“ „Die atheistische Erziehung ist die Grundlage einer wahrhaft humanistischen Bildung“ (aus dem Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 4. 3. 1958, „Neuer Weg“, 6/1958, Beilage S. 6).

An der Tatsache, daß der Atheismus integrierender Bestandteil des sozialistischen Staatsaufbaus in der DDR ist, — womit der Staat die Grenzen seiner Funktionen zur Erhaltung des äußeren Lebens der Menschen überschreitet — ändern auch nichts taktische Interpretationen der CDU und gewisser staatlicher Stellen, die die Kontakte zu den Kirchen zu wahren haben. Es kommt hinsichtlich des Selbstverständnisses und der Gestaltungsgrundsätze der DDR auf die authentische Interpretation an. Diese authentische Interpretation wird aber gegeben durch die entsprechenden Verlautbarungen des Vorsitzenden des Staatsrates, des Ministerpräsidenten und vor allem durch die Beschlüsse der den Staat bestimmenden Partei, der SED. Denn gemäß dem gemeinsamen Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der SED vom 12. Juli 1960 und des Ministerrats der DDR vom 14. Juli 1960 „Über die weitere Qualifizierung der Arbeit der Organe des Staatsapparates“ kommt es auf die richtige Durchführung der Parteibeschlüsse durch den Staatsapparat an. „Der Beschluß geht von der Tatsache aus, daß die gesamte gesellschaftliche Entwicklung in Erkenntnis ihrer Gesetzmäßigkeiten von der Partei der Arbeiterklasse gelenkt wird und der Staatsapparat das Instrument ist, um die Durchsetzung der Beschlüsse der Partei zur planmäßigen und bewußten Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft zu organisieren“, heißt es als Kommentar in der vom ZK der SED herausgegebenen Zeitschrift „Einheit“ (Dietz Verlag, Berlin, Heft 8, 1960, S. 1157).

Mag die Erziehung der Bürger der DDR in der Zeit ihres antifaschistisch-demokratischen Stadiums (bis spätestens 1958) im wesentlichen eine nur im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Sinn sozialistisch-gemeinte Erziehung gewesen sein, heute, da sich die DDR als sozialistischen Staat versteht, kann sie eine weltanschauliche Koexistenz in ihrem Staatsbereich nicht mehr proklamieren. W. Ulbricht hat auf dem V. Parteitag der SED sogar die Tatsache gerügt, daß in einigen Gruppen des Deutschen Kulturbundes „eine Atmosphäre der ideologischen Koexistenz entstehen konnte“, da dies „ungenügend“ sei zur Gewinnung „möglichst breiter Kreise der Intelligenz für die bewußte Teilnahme am Aufbau des Sozialismus“. „Denn der dialektische Materialismus ist die Weltanschauung des Sozialismus“ (ND, B. 11. 7. 1958, S. 11).

Wegen der durch den Ministerpräsidenten am 23. 3. 1959 auch staatlich offiziell vollzogenen Gleichsetzung von Sozialismus und dialektischem Materialismus (vgl. Memorandum der Bischöfe vom 9. 5. 1959), wegen der unlöslichen Verklammerung des sozialistischen Aufbaues mit der Durchdringung des gesamten geistigen Lebens durch den kämpferischen Atheismus wird für die Christen in der DDR die Gesamthaltung dem Staat gegenüber in der Tiefe problematisch. Die „Thesen des Politbüros des ZK zum 10. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik“ unterstreichen diese Problematik mit der These XIV, wo es am Schluß heißt: „Die zehn Grundsätze der sozialistischen Moral . . . sind die ethischen Normen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens“. Ebenso stellt Walter Ulbricht fest: „Unter den Bedingungen der Arbeiter- und Bauern-Macht in der Deutschen Demokratischen Republik betreffen die sittlichen Normen und Regeln alle Angehörigen der Gesellschaft“ (ND, B. 7. 6. 1959, S. 3). Da also alle Angehörigen der Gesellschaft betroffen werden und zur Gesellschaft in der DDR Christen gehören, sollen die Christen die sittlichen Normen und Regeln praktizieren, deren praktische Befolgung die Befreiung „von der geistigen Lähmung“ durch christliche Glaubensanschauungen zum Ziel hat und der Heranbildung einer atheistischen Lebenshaltung dienen sollen — Normen und Regeln, die zum ersten Gebot eine menschliche Sache, „die internationale Solidarität der Arbeiterklasse und aller Werktätigen“, erheben im Gegensatz zum ersten Gebot Gottes, das die Anerkennung Gottes zum obersten Lebensgrundsatz macht! So wird es für die Christen fraglich, ob sie unseren Thesen 1 und 2 entsprechend die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der DDR mitgestalten können, ohne den christlichen Glauben zu verleugnen. Denn mit der Tätigkeit auf gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Gebiet soll von Staats wegen zugleich die sozialistische (atheistische) Bewußtseinsbildung erreicht werden¹⁾ und sind fortgesetzt Aufforderungen zu Akklamationen und Bekenntnissen zur Sache des Sozialismus verbunden, die in dieser komplexen Form von den Christen nicht gegeben werden können, da ja der Sozialismus in der DDR durch seine Verklammerung mit dem atheistischen dialektischen Materialismus zu einer säkular-religiösen Heilslehre²⁾ mit betont antichristlichem Charakter geworden ist. „Das Reich des Menschen ist gekommen“ sagt W. Ulbricht am Schluß seiner Volkskammerrede zum Siebenjahresplan am 30. 9. 1959. Zu diesem antichristlichen Charakter der DDR als „des Staates des Sozialismus“ (Grotewohl) kann es für die Christen nur ein grundsätzliches Nein

geben, das aber kein totales Nein ist im Blick auf das Staatsgefüge als Ganzes, seine Wirtschafts- und Gesellschaftskonzeption und auf das Leben in der DDR als solches. In dieser dialektischen Einstellung zum Staat, diesem bedingten oder gebrochenen Verhältnis der Christen zur DDR liegt das Problem ihrer Existenz. Denn die Regierung der DDR will kein reserviertes Verhältnis ihrer Bürger zum Staat, kein neutrales, sondern ein positives, will „aktive Loyalität“, will Bürger mit „sozialistischem Bewußtsein“, zu dem der Atheismus unlösbar gehört, und nötigt dazu, wie das einem Staat, der sich selbst als Diktatur (des Proletariats) versteht, möglich ist, und wie das an den Druckmitteln deutlich wird, die gegenüber Eltern und Jugendlichen z. B. im Blick auf den Kirchenaustritt und die Jugendweihe weithin angewandt werden.

These 4:

Die Ausübung des Berufslebens und staatsbürgerlich-gesellschaftlicher Funktionen ist für den Christen in der DDR deshalb in der Tiefe problematisch und die Lage im Blick auf die christliche Erziehung der Jugend deshalb nahezu ausweglos, weil dieser Arbeiter- und Bauernstaat ein atheistischer Weltanschauungsstaat ist, dessen Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik immer zugleich auch der atheistisch-materialistischen Bewußtseinsbildung dient.

2. Die christliche Haltung zur Mitarbeit

Auch wenn die DDR ein atheistischer Weltanschauungsstaat ist, ist die Regierung der DDR Obrigkeit nach Rö. 13 und haben wir als Christen all das zu erfüllen, was gemäß Rö. 13 zum Untertansein im allgemeinen gehört. Es gilt für uns die Pflichterfüllung — d. h., daß wir mit unserer Arbeit in unserem Beruf leisten, was wir leisten können, auch Zusatzaufgaben über die normale Arbeitszeit hinaus übernehmen, daß wir die Gesetze, die nicht gegen Gottes Willen verstoßen, beachten, die Steuern bezahlen, das sozialistische Eigentum achten, besonders aber, daß wir auch für die Menschen beten, die in unserer Regierung sind. Über diese allgemeine Pflichterfüllung hinaus, zu der auch zusätzlicher Einsatz bei NAW-Arbeiten (z. B. Ernte-einsatz u. ä.) zu rechnen ist, wird es dem Christen in der DDR nicht möglich sein, sich zu einer aktiven politischen Mitarbeit zu bekennen. Deshalb nicht, weil die DDR die atheistische Weltanschauung von der Verwirklichung ihrer gesellschaftlich-politischen Ziele nicht trennt, sondern immer zugleich auch und eben damit den atheistischen Materialismus durchsetzen und die Menschen zu Gottesleugnern erziehen will („Einheit“ 8/1960, S. 1158/1159) — „daß sich auch die christlichen Werktätigen immer mehr von der geistigen Lähmung durch religiöse Anschauungen befreien“ („Vom Werden des sozialistischen Menschen“, Dietz Verlag Berlin, 1960, S. 58). Der Christ erfüllt seine Pflicht, aber er kann die Tatsache, in einem atheistisch-materialistischen Weltanschauungsstaat zu leben, nur hinnehmen und erleiden, aber nicht durch eigene politische Aktivität anerkennen und fördern. Diese christliche Verhaltensweise ist beschrieben im 13. Kapitel der Offenbarung, Vers 10, wo es heißt: „Hier ist Geduld und Glaube der Heiligen“.

1. Diese Haltung des Hinnehmens und Erleidens bedeutet keineswegs politische Untergrundbewegung, die einen Umsturz zum Ziele hat, und bedeutet keineswegs Sabotage.

2. Diese Haltung bedeutet auch nicht die Aufforderung zur Flucht. Wer sich mit dem Gedanken trägt zu fliehen, möge ernsthaft bedenken, ob er sich nicht der

¹⁾ „Es gilt gegenwärtig, die Arbeit unseres Staatsapparates auch in dieser Hinsicht zu qualifizieren, so daß sie wirksamer als bisher ihren Aufgaben bei der Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins gerecht wird“ („Einheit“, Herausgeber ZK der SED, 8/1960 S. 1159).

²⁾ Chruschtschow hat Ende 1959 in Budapest von den „heiligen Thesen des Marxismus“ gesprochen (ND, 6. 12. 1959, Nr. 336, S. 7 B).

ihm gesetzten Bewährungssituation aus nur menschlichen Gründen entziehen möchte, statt sie aus Gottes Hand anzunehmen, — ob er der im Leiden sich vollziehenden Nachfolge Jesu Christi nicht ausweichen möchte — ob er sich nicht distanzieren von der „Glaubensfestigkeit der Jüngergemeinde, die sich gerade daran bewähren soll, daß sie auf sich nimmt, was Gott verordnet hat.“¹⁾ Ist doch jeder Christ zum Zeugnis für seinen Herrn gerufen an der Stelle, wo er steht. Sollte es nicht Kleinglaube sein, das Feld zu räumen, wenn der christlichen Botschaft widersprochen wird?

In dem Bemühen, in der Geduld und im Glauben der Heiligen sich zu bewähren, hat der Christ mit Wort und Tat zu bezeugen, daß allein Gott der Herr, der sich in Jesus Christus offenbart hat, der oberste ethische Richtpunkt, die ethische Instanz und Norm ist. Deshalb wird der Christ allen Atheisten in der Haltung der Liebe gegenüberstehen und um ein gutes und förderliches Verhältnis von Atheisten und Christen in der DDR, wie überhaupt um den inneren und äußeren Frieden bemüht sein. Er weiß, daß er die Atheisten nicht von ihrem Atheismus her, sondern von Christus her zu beurteilen hat, und ihnen das gute Zeugnis von seiner erlösenden Gnade und seinem Heilswillen schuldig ist. Deshalb kann der Christ andererseits nicht Maßnahmen und Methoden gutheißen, die gegen Gottes Gebot verstoßen. So tritt er für volle Glaubens- und Gewissensfreiheit im Staate ein, die nach Art. 41 der Verfassung der DDR „jeder Bürger genießt“, und lehnt es nicht ab, daß atheistische Propaganda in Freiheit geschehen kann, wendet sich aber dagegen, daß Bürger der DDR mit Mitteln des direkten oder indirekten staatlichen Zwanges zum Atheismus genötigt werden sollen. In allen Konfliktfällen des christlichen Glaubens und der christlichen Ethik mit der auf dem atheistisch-materialistischen Boden stehenden sozialistischen Moral (auch bei entsprechenden staatlichen Maßnahmen) gilt für den Christen das Wort: „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen“ (Apg. 5, 29). Dies Wort ist in Geltung, auch wenn Christen dessen Wahrheit nicht anders bezeugen können, als daß sie dafür leiden, Schmähungen, Gefängnis oder gar um Christi willen den Tod auf sich nehmen.

Man muß klar sehen, daß der notvolle Gegensatz von christlichem Glauben und dialektischem Materialismus sich heute auf dem Gebiet der Ethik zuspitzt und im praktischen Handeln und Nichthandeln hart spürbar wird. Christsein bedeutet doch nicht, Glaubenssätze nur für wahr zu halten, nur zu beten oder „religiösen Bräuchen nachzugehen“ und sich mit einem Kult hinter Kirchenmauern zu begnügen. Evangelische Christen dürfen sich nicht beschränken auf „die Möglichkeit, in der Kirche ihre religiösen Anliegen zu pflegen“, wie der Vorsitzende des Staatsrates sagt, und außerhalb der Kirche „überall die Grundsätze der sozialistischen Moral zu einfach selbstverständlichen Normen des täglichen Lebens zu machen“ (ND, 5. Oktober 1960, Nr. 275, S. 7 u. S. 6, B). Christsein heißt vielmehr, täglich neu bemüht sein, dem christlichen Glauben entsprechend zu leben, heißt darum wissen, daß der christliche Glaube (mit Gottes Geboten) der Maßstab zur Gestaltung des alltäglichen Lebens, besonders in Familie und Beruf, zu sein hat. Denn in der Anerkennung Gottes liegt der Sinn des Lebens. Wenn nun „die Brigaden der sozialistischen Arbeit“, die nach dem Siebenjahrplan allenthalben als neue Arbeits- und Lebensgruppen gebildet werden sollen, unter dem Leitwort stehen „sozialistisch arbeiten, lernen und leben“, und „sozialistisch leben“ heißen soll „im täglichen Leben“ „die zehn Grundsätze der sozialistischen Ethik

und Moral zur Richtschnur“ (sic!) zu machen (W. Ulbricht, Dialektik, S. 209 — Der Siebenjahrplan, Dietz Verlag 1959, S. 125), dann ist für den Christen der Konflikt schon bei der Aufforderung gegeben, eine entsprechende Verpflichtung zu unterschreiben, vollends dann, wenn ein Brigadeplan bei der Reichsbahn unter einem Punkt 11 die Gewinnung der Brigademitglieder für die sozialistische Ehefeier, Namensgebung und Jugendweihe zur „vornehmsten Aufgabe“ macht. So wird im Alltag der Gegensatz zwischen der atheistisch-materialistischen Religion des Staates und dem christlichen Glauben in steigendem Maße in seiner Ausweglosigkeit und Härte deutlich, wie zur Zeit Neros der Gegensatz des staatlichen Kaiserkultes zum christlichen Glauben in seiner Ausweglosigkeit und Härte deutlich geworden war. In klassischer Klarheit läßt das Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED durch R. Miller diesen Gegensatz formulieren in dem im Dietz Verlag Berlin 1960 erschienenen Buch „Vom Werden des sozialistischen Menschen“, wo es heißt: „Dem sozialistischen Humanismus ist eine tiefe Liebe zum Menschen eigen, die untrennbar verbunden ist mit dem Haß gegen die Feinde des Sozialismus. Die christliche Ethik lehrt, daß man seine Feinde lieben soll“ (S. 228).

Wir fassen zusammen:

These 5:

Obwohl die Regierung der DDR auf allen staatlichen Gebieten und allen Bereichen des geistigen Lebens nur den atheistisch-dialektischen Materialismus als herrschende Weltanschauung gelten läßt, sieht der Christ gemäß Römer 13 in Verbindung mit Offb. 13 in der Regierung der DDR die Obrigkeit, die ihm von Gott verordnet ist, der er untertan zu sein und durch Erfüllung seiner bürgerlichen Pflichten zu dienen hat.

These 6:

Weil in der DDR die gesellschaftlich-politischen Ziele nur in Verbindung mit der atheistisch-materialistischen Weltanschauung durchgesetzt werden sollen, ist der Christ gehemmt, sich über die allgemeine Pflichterfüllung hinaus aktiv am politisch-gesellschaftlichen Leben zu beteiligen.

These 7:

Der Christ kann die Tatsache, in einem atheistischen Weltanschauungsstaat zu leben, nur hinnehmen und erleiden, aber nicht billigen und fördern. Diese Haltung bedeutet nicht politischen Widerstand und auch nicht Republikflucht, sondern in christlichem Glauben und in christlicher Geduld ausharren in der Lage, in die Gott den Christen hineingestellt hat.

These 8:

In diesem Ausharren im Glauben und in Geduld hat der Christ den Willen Gottes als höchsten ethischen Maßstab zu bezeugen mit Wort und Tat, auch wenn dies in Leid oder in den Tod führt. „Die Welt vergeht mit ihrer Lust; wer aber den Willen Gottes tut, der bleibt in Ewigkeit“ (1. Joh. 2, 17).

III. Praktisches Verhalten des Christen in der Deutschen Demokratischen Republik

A. Leben aus dem rechtfertigenden Glauben

Für den Christen in der Deutschen Demokratischen Republik gibt es besonders viele Situationen, in denen der einzelne ganz allein vor Gott gestellt ist; wo es darauf ankommt, ganz allein vor Gott zu entscheiden und dies dann auch beim Jüngsten Gericht zu verant-

¹⁾ Hanns Lilje, „Das letzte Buch der Bibel“, Furcht Verlag Hamburg, 1955, S. 188.

worten. Man kann keine Einzelanweisungen geben. Die Lage des einzelnen wird immer verschieden sein. Die Grundregel aber lautet: in der Liebe zu Gott und in der Liebe zum Nächsten ist die Entscheidung zu fällen, niemals aber darf Haß das Motiv des Handelns sein. Es wird manche Lage eintreten, in der wir Luthers „pecca fortiter sed crede fortius“ ganz von neuem in seiner existentiellen Tiefe verstehen und als Wegweisung erkennen lernen. Wir müssen aber wissen, daß es sehr viele Situationen gibt, wo dieses Wort keine Anwendung finden kann. Es darf nicht mit einer Entscheidung verbunden werden, die die Leugnung Gottes und den Abfall von ihm zum Inhalt hat. Darum ist es nötiger denn je, den Rat der Brüder zu suchen (mutuum colloquium et consolatio fratrum). Viele Entscheidungen, mit denen wir so oder so schuldig werden, können nur im starken Glauben an die Vergebung der Sünden vollzogen werden. Mit einem auf diese Weise getrösteten Gewissen kann man den Glauben und die Geduld der Heiligen bewähren (Offb. 13) —, mit einem durch Gottes Verleugnung gebrochenen Gewissen aber nicht. Als Kinder Gottes, die aus der vergebenden Gnade in Jesu Christus und in der Zukunftshoffnung ihres Glaubens leben, stehen Christenmenschen in der Wirklichkeit der Deutschen Demokratischen Republik. Auch wenn ihre Lage ausweglos erscheint, wissen sie, daß Gott immer wieder Möglichkeiten für sie schaffen kann, gerade dann, wenn die innere Not unerträglich zu werden droht. „Er weiß viel tausend Weisen, zu retten aus dem Tod“ (Paul Gerhardt). Es kommt für sie alles darauf an, an Gottes Möglichkeiten wirklich zu glauben und im Vertrauen auf Ihn auch das bekennend zu wagen, was Konflikte bringt und doch von Gottes Wort her geboten ist. In dem Maße, in dem die Christen ihren Glauben verbindlich leben, ihn mit Entscheidungen und Handlungen spürbar, sichtbar, unüberhörbar bezeugen, in dem Maße wird Gott ihr Zeugnis segnen, wird er ihnen durchhelfen und Raum zu christlichem Leben geben, wo man keinen zu sehen meint und sich selbst keinen schaffen kann — wie einst dem Volke Israel am Schilfmeer: „Der Herr wird für euch streiten und ihr werdet stille sein“ (2. Mos. 14, 14). Darum gilt: „Werfet euer Vertrauen nicht weg!“ (Hebr. 10, 35). Der, dem alle Gewalt gegeben ist im Himmel und auf Erden, hat den Christen verheißen: „Ich bin bei euch alle Tage, bis an der Welt Ende“ (Mt. 28, 20).

B. Mitarbeit in äußeren Dingen

Die Mitarbeit am Aufbau des Staatsganzen und Volkslebens erstreckt sich für einen Christen auf die Dinge, die es mit der Erhaltung der äußeren Existenz der Menschen im Raum der DDR zu tun haben und die einem geordneten Miteinander und Füreinander dienen. Denn zur Erhaltung der äußeren Existenz der Menschen gibt es den Staat überhaupt. Der Christ wird in der Wirtschaft und in gewissen Bereichen der Verwaltung relativ am unbefangenen aktiv mitarbeiten können. Wenn selbst dies nicht ohne Probleme ist, so ergibt sich das aus der Tatsache, daß mit allem und jedem die materialistische Ideologie verbunden werden soll und man andererseits damit die materielle Basis für diejenigen erweitern und fördern hilft, die dann systematisch den Atheismus ausbreiten. Aber wenn ein Christ an einem geordneten Verkehrswesen, wenn er in der Verwaltung, ja gerade auch dann, wenn er in einem volkseigenen Betrieb oder einer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft aktiv und vorbildlich tätig ist, kann er das vor allem auch deshalb in der Freiheit eines Christenmenschen tun, weil er damit bezeugt, daß der christliche Glaube in keiner Weise durch eine Veränderung der ökonomischen und gesellschaftlichen Basis bedroht ist. Der Christ in einem VEB oder einer LPG gibt durch treue Erfüllung seiner Pflicht

und durch vorbildliche Arbeit jedermann zu verstehen, daß er nicht an die materialistische Ideologie glaubt, nach der der christliche Glaube nur an eine feudalistische oder kapitalistische Gesellschaftsordnung gebunden sei und nach der seinem Glauben mit der Abschaffung alter Wirtschaftsformen und mit der Einführung der sozialistischen Produktionsweise die Grundlage, die Basis entzogen sei. Die Mitarbeit eines seinem Glauben in Treue ergebenden Christen am Aufbau der sozialistischen Wirtschaft dokumentiert die Tatsache, daß der christliche Glaube auf der Realität des ewigen Gottes beruht und in jeder Gesellschafts- und Wirtschaftsform seine Gültigkeit hat, daß also der christliche Glaube sich von keinerlei Veränderungen materieller Verhältnisse bedroht sehen kann.

These 9:

Praktisch bedeutet die Grundhaltung der evangelischen Christen, daß sie auch in den volkseigenen Betrieben, Produktionsgenossenschaften und überall da am Aufbau des staatlich-wirtschaftlichen Gesamtlebens der DDR mitarbeiten können, wo dies ohne Bekenntnis zum Atheismus und ohne direkte Förderung der atheistischen Ideologie möglich ist.

C. Abstinenz gegenüber der Förderung der atheistischen Weltanschauung

Der Christ ist andererseits gehemmt, über die Tätigkeiten, die es mit der Erhaltung und Förderung der äußeren Lebensbedingungen zu tun haben, hinaus sich aktiv am politisch-gesellschaftlichen Leben in der DDR zu beteiligen, weil eben damit notwendigerweise die Förderung des atheistischen Materialismus verbunden ist.

Der Christ wird überall dort nicht mittun, wo eine Beteiligung ein Bekenntnis zum Atheismus bedeutet.

1. Abstinenz gilt es gegenüber der staatlichen Jugendweihe und gegenüber allen Weihehandlungen einzunehmen, die im bewußten Gegensatz zur christlichen Taufe, Trauung und Beerdigung stehen. Wenn Walter Ulbricht in seiner bekannten Sonneberger Rede zur Eröffnung des Jugendweihejahres 1957/58 sagt: „Das Gelöbnis, das Ihr in einigen Monaten bei Eurer Jugendweihe sprechen werdet, ist kein leeres Wort“ (ND, B, 1. Oktober 1957, S. 4) — dann ist das der Punkt, wo es um das Bekenntnis zum Atheismus geht, das für einen Christen abzulegen unmöglich ist, weil es dem 1. Gebot Gottes absolut widerspricht. Denn bei der Jugendweihe soll der junge Mensch geloben, seine „ganze Kraft für die große und edle Sache des Sozialismus einzusetzen“. Damit ist ein Bekenntnis zum Atheismus gefordert, „denn“ — so sagt Ulbricht zum V. Parteitag — „der dialektische Materialismus ist die Weltanschauung des Sozialismus“. Und im Programm der Jugendstunden zur Vorbereitung der Jugendweihe 1960 heißt es eindeutig: „Das Gelöbnis zur Jugendweihe und die Grundsätze der sozialistischen Ethik und Moral bestimmen den Inhalt der Jugendstunden. Sie tragen vor allem zur weltanschaulichen und politisch-moralischen Erziehung der Jungen und Mädchen... bei. — Die Jugendstunden und die Jugendweihe sind also untrennbar miteinander verbunden“ (Deutsche Lehrerzeitung Nr. 28, 1959, S. 6). Bei der Jugendweihe geht es um eine Gott verleugnende Handlung. Ob man freiwillig oder gezwungen teilnimmt: es ist diese der christlichen Konfirmation bewußt entgegengesetzte Jugendweihehandlung objektiv ein Akt der Absage an Gott. Darum ist für einen Christen die Teilnahme an der Jugendweihe unmöglich. Dasselbe ist zu sagen im Blick auf die atheistischen Namensgebungsfeiern, Trauungen (nicht zu verwechseln mit standesamtlicher Eheschließung) und Beerdigungen.

Wenn schon 1958 Werner Neugebauer, Mitglied des ZK der SED, es als Aufgabe der Elternbeiräte in der Schule bezeichnet, „bei der weltanschaulichen Erziehung der Kinder zu helfen“ (ND, B, 10. Sept. 1958, Nr. 216, S. 4) und die „Elternbeiratsverordnung“ der Regierung der DDR vom 7. Januar 1960 in § 4 (1) bestimmt: „Er (Elternbeirat) hilft den Eltern, die Kinder auch in der Familie nach den Erziehungsgrundsätzen der Schule zu erziehen“, dann ist festzustellen, daß Christen in den Elternbeiräten und in ihren Familien die ihrem Glauben entgegengesetzte weltanschauliche Erziehung nicht unterstützen können. Die große Not ist die, getaufte Kinder in eine solche Schule schicken und zusehen zu müssen, wie diese dort zu bewußten Atheisten erzogen werden sollen. Daran wird an einem entscheidenden Punkt die fast ausweglose Lage der Christen in der DDR deutlich.

Der vom Vorsitzenden des Staatsrates am 4. 10. 1960 proklamierte Grundsatz, zum „vornehmsten Ziel“ der Ehe gehöre es, „die Erziehung der Kinder zu fähigen, fleißigen und sauberen Menschen im Geiste der sozialistischen Weltanschauung und Moral zu sichern“ (ND, 5. 10. 1960, Nr. 275, S. 7, B), muß vom christlichen Glauben her abgelehnt werden. Christliche Eltern können und dürfen sich nicht anders verhalten, als ihre Kinder vor dem Atheismus des dialektischen Materialismus mit seinem Moralprinzip zu warnen, den die Lehrer in der Schule lehren sollen, und ihnen den Glauben an Gott in Jesus Christus als die Lebenshaltung anzuerziehen, in der der Sinn des Lebens liegt.

These 10:

Der Christ kann überall da nicht mittun, wo eine Handlungs- oder Verwaltungsweise direkt mit dem Bekenntnis zum atheistischen Materialismus und dessen Propagierung zu tun hat. Dies gilt von der Beteiligung an der Jugendweihe, an den sozialistisch-atheistischen Namensgebungsfeiern, Ersatztrauungen und Beerdigungen.

2. Widerstehen muß der Christ solchen bei der Durchsetzung des Sozialismus angewandten Methoden und Mitteln, die dem offenbarten Willen Gottes widersprechen. Wenn wir die Sozialisierung der Landwirtschaft als Beispiel herausgreifen, so wird man vom christlichen Glauben her gegen die Vergenossenschaftlichung der landwirtschaftlichen Produktion als solche nichts einwenden können. Sofern aber dabei un menschliche Methoden angewandt werden, daß z. B. (anstatt die Vergenossenschaftlichung gesetzlich zu bestimmen) Einzelbauern gegen ihren Willen mit Mitteln wirtschaftlichen, politischen und moralischen Druckes zum Eintritt in die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften genötigt werden und dann noch den Freiwilligkeitscharakter eines solchen Beitritts mit ihrer Unterschrift bestätigen müssen, dann werden Menschen in ihrer gottgegebenen Würde verletzt, dann geschieht Gewissenszwang. Dagegen hat der Christ — wie das die Bischöfe aller evangelischen Kirchen in der DDR auch getan haben — von den Grundlagen der christlichen Ethik aus zu protestieren, nicht gegen den Willen der Regierung, überall landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften zu bilden, aber gegen solche Methoden bei der Durchführung. Die Mittel und Methoden, die zur Überleitung einer Wirtschaftsperiode in die andere, von einer Gesellschaftsform in die andere angewandt werden, dürfen jedenfalls (auch wenn Härten unvermeidlich sind) nicht den Makel der Unmenschlichkeit an sich tragen — ob es sich um das ökonomische, erzieherische oder rechtliche Gebiet handelt. Wenn nicht die echte Humanität preisgegeben werden soll, darf der

Mensch nicht nur als eine Funktion im Klassenkampf gesehen und allein nach den durch diesen Kampf vorgeschriebenen Methoden behandelt werden. Er ist im Unterschied zum Tier Person mit eigener Entscheidungsverantwortung, in der seine besondere Würde von Gott her liegt.

Aus letzten christlich-ethischen Gesichtspunkten müssen wir uns daher vor allem gegen jeglichen staatlichen Zwang wenden, durch den die Verleugnung Gottes und die Annahme der atheistischen Weltanschauung erreicht werden soll. Denn Gott der Herr zwingt niemand an ihn zu glauben; er gibt den Menschen sogar die Freiheit, sich gegen ihn zu entscheiden. Wenn aber in der DDR mit staatlichem Druck Jugendliche zur Teilnahme an der Jugendweihe oder unter Androhung der Stellenkündigung Menschen zum Kirchenaustritt genötigt werden, muß der Christ dazu vom Wort Gottes her sein Nein sagen und eher seine Stellung z. B. als Schulleiter preisgeben, als diesem Druck nachzugeben oder ihn gar auf die ihm unterstehenden Lehrer selbst mit auszuüben.

These 11:

Der evangelische Christ ist gehalten, die Methoden und Mittel abzulehnen, die gegen Gottes Gebote verstoßen.

D. Fragwürdige Mitarbeit

1. Problematik der Mitarbeit in politischen Gremien

Solange im Staat der DDR die atheistische Weltanschauung und ihr ethischer Maßstab von der Verwirklichung der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Ziele nicht getrennt werden, sondern der Staat mit letzteren immer zugleich auch den weltanschaulichen Materialismus durchsetzen will, ist für einen Christen ersthaft die Frage gestellt, ob er sich in einer der staatstragenden Parteien oder an der Nationalen Front aktiv beteiligen kann. Denn nach dem Leitartikel des Neuen Deutschland vom 27. August 1958 erlebt nach dem V. Parteitag der SED die Blockpolitik ihre größten Triumphe: „Sie trägt dazu bei, den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus zu vollenden, die ökonomische Basis unserer Arbeiter- und Bauernmacht zu stärken und die politisch-moralische Einheit unseres Volkes in der Deutschen Demokratischen Republik zu schaffen.“ „Politisch-moralisch“ bedeutet aber eine vom Atheismus bestimmte moralisch-ethische Ausrichtung nach dem vom Ministerpräsidenten proklamierten Grundsatz: „sittlich ist, was der Sache des Sozialismus dient“, einem Grundsatz, der im schroffen Widerspruch zur Heiligen Schrift steht, wonach das sittlich ist, was dem Willen Gottes entspricht.

2. Problematik der Wahl bestimmter Berufe

Durch die Entwicklung legt sich ferner die Frage nahe: gibt es jetzt schon Berufe, die ein Christ in der DDR kaum mehr anstreben kann? Als Beispiel nennen wir zwei Berufsgattungen, an denen die Dringlichkeit dieser Frage in besonderer Weise deutlich wird: den Beruf des Lehrers und den Beruf des Richters. Es ist jetzt nicht die Rede von den Christen, die das Amt des Lehrers oder des Richters im Augenblick ausüben, sondern davon, ob künftig Christen diese Berufe noch wählen können.

Den Lehrer heben wir hervor als ein Beispiel aus dem umfassenden Gebiet der staatlichen Erziehung überhaupt. Der Lehrer ist heute in einer neuen Qualität Schule tätig, nicht mehr in der antifaschistisch-demo-

kratischen, sondern in der sozialistischen Schule. Diese neue Qualität Schule bedeutet, daß in ihr die Kinder nicht nur geistig-wissenschaftlich zu unterrichten sind, sondern daß sie durch den Lehrer auch zu sozialistischen Persönlichkeiten erzogen werden sollen. „Die entscheidenden Kriterien der sozialistischen Persönlichkeit“ sind aber „die wissenschaftliche Weltanschauung und die sozialistische Moral“ (ND vom 24. Mai 1958, S. 4). Das Politbüro des ZK der SED hat festgelegt: „Die atheistische Erziehung ist die Grundlage einer wahrhaft humanistischen Bildung (s. ob. S. 8). Und der Ministerpräsident hat ausdrücklich gefordert: „Die materialistisch-dialektische Weltanschauung muß innerhalb aller Fächer anerzogen werden“, also nicht bloß zur Kenntnis vermittelt werden. Welchen inneren Konflikten steht hier ein Christ als Lehrer gegenüber, der in dieser neuen Qualität Schule ohne Verleugnung seines Glaubens tätig sein möchte!

Wer Richter werden will, muß wissen, daß er durch die Gesetze vom 1. Oktober 1959 verpflichtet ist, „nach den Grundsätzen der sozialistischen Moral zu leben“ (§ 18 des neugefaßten Gerichtsverfassungsgesetzes, Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 57/1959 vom 17. 10. 1959, S. 757) — daß er eine Verpflichtung abgeben muß, in der es u. a. heißt: „Ich verpflichte mich, . . . mich jederzeit vorbehaltlos für den Sieg des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik . . . einzusetzen“ (§ 20, ebd.). „Jederzeit vorbehaltlos“ kann sich ein Christ jedoch keiner mit Atheismus verquickten Zielsetzung, sondern nur Gott dem Herrn als dem Totalmachthaber über Leben, Tod und Ewigkeit verpflichten. — Wer Richter werden will, muß ferner wissen, daß er sich zu verpflichten hat, „stets für die unbedingte Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit einzutreten“ (ebd.). Die Bedeutung dessen stellt der Justizminister der DDR, Dr. Hilde Benjamin, in einem Grundsatzauftrag fest, in dem es heißt, daß „das Wesen der sozialistischen Gesetzlichkeit als die dialektische Einheit von strikter Einhaltung der Gesetze und Parteilichkeit ihrer Anwendung zu kennzeichnen“ ist („Neue Justiz“, Nr. 13/14, 1958, S. 437). Der Justizminister unterstreicht infolgedessen „die Forderung nach der parteilichen Anwendung der Gesetze“. Der Justizminister rügt die Anwendung des Rechts „in falscher Objektivität“, was „sich oft gegen Werkfähige richtet“, — kritisiert, „daß liberalisierend die Rolle des Klassenkampfes bei der Entscheidung des einzelnen Falles vernachlässigt wird“ (ebd.), — bedauert, „in wie großem Maße wir in Einzelfällen auf allen Gebieten des Rechts Verletzung der Parteilichkeit . . . feststellen müssen“ (S. 438). Darum bestimmt der Justizminister, daß jede Tätigkeit der Justizorgane unter dem Gesichtspunkt zu prüfen ist: „Dient sie dem Aufbau des Sozialismus?“ (S. 438). Dr. Benjamin appelliert an die Mitarbeit der Wissenschaftler „soll sich das sozialistische Recht in Gesetzgebung und Anwendung parteilich durchsetzen“ (Neue Justiz, Nr. 15/1958, S. 510). Darum gelten die Richter als „sozialistische Staatsfunktionäre“ (ebd. — s. auch Gerichtsverfassungsgesetz § 4, § 15, § 18), die also nicht objektiv, sondern parteilich Recht sprechen müssen, wenn sie nach § 20 des Gerichtsverfassungsgesetzes sich verpflichten, „stets für die unbedingte Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit einzutreten“.

Was dies praktisch bedeutet, wird aus dem Ehescheidungs Urteil deutlich, das vom Stadtbezirksgericht Prenzlauer Berg in Berlin C 2 am 19. Mai 1959 (AZ.: 341 F 27.59) gefällt worden ist, wo es u. a. wörtlich heißt: „Das von der Verklagten glaubhaft zugegebene Verhalten“ (seit 1946 Teilnahme am kirchlichen Leben) „stellt sich als der ernstliche Grund dar, der Voraussetzung für die Scheidung einer Ehe ist. In unserem Staat der Arbeiter und Bauern kann einem fortschrittlich denkenden Menschen nicht zugemutet werden,

einem Ehepartner verbunden zu bleiben, wenn dieser sich in ständig steigendem Maße der Kirche zuneigt“.

Gerade daran wird offenkundig, daß ein Christ, will er seinen Glauben nicht verleugnen, unmöglich eine parteiliche Anwendung der Gesetze vollziehen kann und also bei der Absicht, Richter zu werden, vor unüberwindbaren Hindernissen steht. Gilt doch nunmehr auch nach dem Gesetz die Forderung des Politbüros des ZK der SED von 1958: „Die Entwicklung der Arbeiter- und Bauern-Macht in der DDR macht es jetzt vor allem notwendig, den dialektischen Materialismus auf allen Gebieten der Staats- und Rechtswissenschaft konsequent anzuwenden“ (ND, B, 13. 6. 1958, S. 4). Damit wird aber auch der Wortlaut der Verfassungsbestimmung in Art. 127 relativiert („Die Richter sind in ihrer Rechtsprechung unabhängig und nur der Verfassung und dem Gesetz unterworfen“), der im § 7 des Gerichtsverfassungsgesetzes zwar aufgenommen ist, aber durch die Verbindung mit der Parteilichkeit der Gesetzesanwendung eine ebenfalls andere Bedeutung erhält.

Nach biblischer Lehre liegt die Bedeutung des Rechts und der Rechtsprechung in einem Staatswesen im Blick auf dessen einzelne Bürger darin, diesen die Erhaltung ihres Lebens zu garantieren, d. h. ein geordnetes, erträgliches und friedliches Miteinander (Koexistenz) zu gewährleisten. Dies geschieht durch Rechtsbestimmungen, durch die die Handlungsfreiheit der Bürger geschützt, aber auch begrenzt wird. Sehr wesentlich ist, daß die Rechtsbestimmungen für alle Bürger in gleicher Weise angewendet werden müssen, weil Gott allen Menschen die irdische Existenz gönnt, „denn er läßt seine Sonne aufgehen über die Bösen und über die Guten und läßt regnen über Gerechte und Ungerechte“ (Matth. 5, 45 — 1. Mos. 8, 21 ff.). Diese Objektivität Gottes allen Menschen gegenüber in der Erhaltung ihres Lebens — gegenüber denen, die sich zu ihm halten, wie auch gegenüber denen, die ihn ablehnen — erfordert ebenfalls eine objektive Handhabung des Rechts und objektive Anwendung der Gesetze, aber keine parteiliche. Darum spricht die Bibel im Zusammenhang mit Recht von *Gerechtigkeit* (2. Sam. 8, 15 — Am. 5, 7). Damit ist eine parteiliche Anwendung der Gesetze bei der Rechtsprechung für einen Christen nicht möglich, der als Richter immer nur eine gleichmäßige Anwendung der Gesetze auf alle dem gleichen Recht Unterworfenen vertreten kann. „Gerechtigkeit erhöht ein Volk, aber die Sünde ist der Leute Verderben“, heißt es in der Bibel (Spr. 14, 34).

Angesichts der nur an Beispielen aufgezeigten Probleme muß an die Christen, besonders an die jungen Menschen unter ihnen, die Frage gerichtet werden, ob sie es sich zutrauen, in den genannten wie in vergleichbaren Berufen und in politischen Gremien ihren Christenstand nicht zu verleugnen — auch die Frage, ob es der Redlichkeit und Wahrhaftigkeit entspricht, Aufgaben zu übernehmen, die sie in dem gesetzlich festgelegten Sinn bewußt nicht ausführen wollen. Wer sich aber zur Übernahme solcher Berufe und politischer Arbeiten entschließt, ist zu ermahnen, daß er darin zu klarem evangelischen Zeugnis berufen und verpflichtet ist.

These 12:

Über allgemeine Hinweise hinaus können dem evangelischen Christen von der Bibel her keine Einzelanweisungen für sein Verhalten in der DDR gegeben werden. In den meisten Fällen ist er aufgefordert, seine evangelische Existenz darin zu bewähren, daß er gebunden an Gottes Willen und in Verantwortung vor Jesus Christus seine Entscheidung trifft in der Gewißheit der Vergebung der Sünden.

In Zukunft werden sich die Konfliktsfälle vermehren und verstärken. Das Bekenntnis zu Jesus Christus wird immer schwerer werden. Um so dringlicher ist es, daß die Christen näher zusammenrücken, den Gottesdienst und die Gemeindeveranstaltungen besuchen und sich zum Sakrament halten, um sich zu stärken in dem Kampf, der uns verordnet ist (Hebr. 12, 1). Der Kampf gegen den christlichen Glauben, der die eine Seite des bewußten marxistischen Klassenkampfes ist, mündet weithin aus in dem Drängen mit wirtschaftlichem Druck, aus der Kirche auszutreten. Wer das dann tut, gibt an der entscheidenden Stelle nach. Denn die Kirche ist der Leib Christi. Es heißt im Hebräerbrief 10, 39: „Wir sind nicht von denen, die da weichen und verdammt werden, sondern von denen, die da glauben und die Seele erretten.“

Im Blick auf die Zukunft haben wir nicht die Verheißung, daß es dem Jünger besser gehe als dem Meister. Jesus Christus sagt vielmehr: „Wer nicht sein Kreuz auf sich nimmt und folgt mir nach, der ist nicht wert“ (Matth. 10, 38). Vielleicht verlangt Gott von uns sehr viel mit diesem Kreuz. Das Wort 1. Petr. 5, 7 kann uns getrost machen: „Alle eure Sorge werfet auf ihn, denn er sorgt für euch“! Nur wenn wir in dieser Gewißheit leben und zur letzten Konsequenz bereit sind, werden wir in der DDR Christen bleiben, die Gott gefallen. „Unser Glaube ist der Sieg, der die Welt überwunden hat“ (1. Joh. 5, 4). Die Zukunft gehört Jesus Christus.

These 13:

In allen Konfliktsfällen zwischen staatlichen Forderungen einerseits und Gottes Geboten andererseits gilt für den evangelischen Christen das Wort der Bibel: „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen“ (Apg. 5, 29).

Schlußabschnitt

Die beschriebene Haltung ist nur dann kirchlich legitim, wenn es uns als Christen schmerzt und bedrückt, nicht aktiver an der Gestaltung der Verhältnisse mitarbeiten zu können, als es uns durch die Belastung des öffentlichen Lebens mit dem Atheismus ermöglicht wird. Jene Haltung ist auch nur dann biblisch legitim, wenn sie verbunden ist mit der Liebe Christi zu den Menschen, deren Weltanschauung wir ablehnen müssen. Wir haben uns vor einem unbiblischen religiösen Fanatismus zu hüten, können davor aber nur durch die klare evangelische Glaubenserkenntnis bewahrt werden, daß Gottes Geduld nicht nur uns Christen, sondern auch den Atheisten gilt, daß er sich in Jesus Christus auch für sie dahingegeben hat.

Dies haben wir allen Menschen, auch den Atheisten in der DDR, zu bezeugen. Wir dürfen uns in dieser Zeugnispflicht nicht dadurch irremachen lassen, daß wir auf innere und äußere Widerstände stoßen. Wer „der Stadt Bestes sucht“ (Jer. 29), wird in den irdischen Dingen Gottes Gesetz geltend machen, auch dann, wenn er nicht darum gefragt ist. Die Verfassung der DDR gibt der Kirche ausdrücklich das Recht zu dem, was auf alle Fälle vom Worte Gottes her ihre Pflicht ist: zu den Lebensfragen des Volkes von ihrem Standpunkt aus Stellung zu nehmen. Wir alle sollten das in Zukunft besser und freimütiger tun als bisher — immer in der lautereren Absicht, den Trägern politischer Gewalt und Verantwortung in ihrem Werk zu helfen. Erst recht wird aber, wer „der Stadt Bestes sucht“, auf Jesus Christus, unser einziges Heil hinweisen. Dieses Heil ist auch denen zugedacht, die dem Glauben jetzt noch fremd und ablehnend gegenüberstehen. Darum dürfen wir nicht müde werden, ihnen zu sagen, daß auch für sie allein in der Hinwendung zu Jesus Christus die

Möglichkeit liegt, den Sinn des Lebens zu begreifen und nach dem Tod vor dem zu bestehen, vor dem sich keiner vertreten lassen kann. So sollen wir stets versuchen, zu den Gegnern unseres Glaubens ein gutes menschliches Verhältnis zu finden. Bei alledem geht es nicht darum, daß wir uns selbst behaupten, sondern darum, daß die dem Atheisten und Christen gleicherweise übergeordnete letzte Realität, Jesus Christus, bezeugt werde.

Die vorstehende Handreichung „Der Christ in der DDR“ erscheint gleichzeitig als Broschüre im Lutherischen Verlagshaus Berlin. Nachbestellungen sind nur für diese Broschüre möglich, und zwar über den Buchhandel.

Nr. 110 Prediger- und Studienseminar der Vereinigten Kirche.

Der 2. Lehrgang des gemeinsamen Seminars wird nach einem Beschluß der Kirchenleitung als Predigerseminarkursus geführt. Der Lehrgang beginnt am 1. Oktober 1961 und endet am 31. Juli 1962.

Nr. 111 Pastoralkolleg der Vereinigten Kirche.

Das VIII. Pastoralkolleg der Vereinigten Kirche wird in der Zeit vom 5. bis 18. Oktober 1961 in Hamburg (Haus Heideburg, Hamburg-Hausbruch, Ehestorfer Heuweg 82) durchgeführt. Die Tagung steht unter dem Thema „Die Amtshandlungen in der volksskirchlichen Situation“. Sie wird von Professor D. Georg Hoffmann-Kiel und Oberkirchenrat Georg Daur-Hamburg geleitet.

Nr. 112 Lutherischer Tag 1961.

Die unter dem Vorsitz von Professor D. Wilhelm Maurer, Erlangen, stehende „Arbeitsgemeinschaft lutherischer Konferenzen und Konvente“ lädt für die Tage vom 19. bis 21. September zum „Lutherischen Tag 1961 (Arbeitstagung für lutherische Theologie)“ nach Würzburg ein. Das Thema dieser Tagung lautet: „Das Amt in der Kirche“. Nähere Einzelheiten sind beim Sekretär der Arbeitsgemeinschaft (Pfarrer Klaus Hensel, Erlangen, Fahrstraße 15) sowie beim diesjährigen Tagungsbüro (Kirchenrat Dekan Schwinn, Würzburg, Zwinger 3 a) zu erfragen.

Nr. 113 Handreichung zu den Spandauer Thesen.

Unter dem Titel „Missionarischer Gemeindeaufbau“ ist der I. Teil einer Handreichung zu den Volksmissionsthesen der Spandauer Generalsynode des Jahres 1958 erschienen. Die Handreichung enthält folgende Beiträge:

Das Evangelium für alle

Überschaubare Gemeinden

Die Gliederung einer missionarisch wachsenden Gemeinde

Der Laie — der Missionar des 20. Jahrhunderts

Was der Pfarrer an Gemeindeglieder abgeben kann

Alte und neue Möglichkeiten für die Mitarbeit von Laien in der Gemeinde

Wie gewinnen wir Mitarbeiter?

Zurüstung für den Dienst in der Gemeinde

Berufsgruppenbildung — eine Möglichkeit der Zurüstung für den Dienst des Christen in der Welt

Gemeindliche Geselligkeit

Der Dienst der Kirche am Menschen auf den Campingplätzen im Urlaub und im Ausflugsverkehr

Offenhalten der Kirchen.

Ein zweiter abschließender Teil wird in Jahresfrist erscheinen. Das Leitbild, das hinter den Beiträgen steht, ist die missionarisch ausgerichtete, in ihren Gliedern tätige, überschaubare und gegliederte Gemeinde. Das Heft ist in erster Linie als Grundlage für Besprechungen in Pfarrkonventen, Kirchenvorständen und Mitarbeiterkreisen gedacht.

Die Handreichung wurde von den Gliedkirchen allen Pfarrern zugänglich gemacht.

Die Generalsynode hat auf ihrer Tagung im April 1961 den Wunsch ausgesprochen, daß die Schrift auch in den Gemeinden verbreitet wird. Das beim Lutherischen Verlagshaus-Berlin erschienene Heft kostet DM 2,80. Bei Mengenbestellung über das Lutherische Kirchenamt Hannover ermäßigt sich der Preis erheblich.

Die Handreichung ist als 1. Heft einer neuen Schriftenreihe „Missionierende Gemeinde“ erschienen, die im Auftrag des Gemeindeausschusses der Vereinigten Kirche von

Elisabeth Baden, Eldingen, Gottfried Knospe, Dresden, Hans Schmidt, München, Hugo Schnell, Hannover, und Waldemar Wilken, Hamburg

herausgegeben wird.

Die Schriftenreihe ruft zum Dienst am heutigen Menschen, auch und gerade am Kirchenfernen. Sie zeigt die missionarischen Chancen der Ortsgemeinde und der Volkskirche auf. Sie gibt konkrete und praktische Hilfestellung.

Nr. 114 Hinweis auf Veröffentlichungen.

Auf nachstehende Veröffentlichungen wird hingewiesen:

Lutherische Generalsynode 1959. Bericht über die fünfte Tagung der zweiten Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands vom 5. bis 9. Oktober 1959 in Lübeck. Lutherisches Verlagshaus, Berlin 1961, 306 S., 14,50 DM.

Agende II für evangelisch-lutherische Kirchen und Gemeinden. Die Gebetsgottesdienste (Zur Erprobung bestimmter Entwürfe). Lutherisches Verlagshaus, Berlin 1960, 306 S., 18,70 DM.

Fuldaer Heft Nr. 11: Grundlinien für die Ordnung des Amtes in der Kirche. Mit Beiträgen von Peter Brunner, Hans Thimme und Friedrich-Karl Schumann. Lutherisches Verlagshaus, Berlin 1960, 96 S., 9,80 DM.

Karl Brinkel: Luthers Hermeneutik in einer Übersetzung des Alten Testaments und die gegenwärtige Revision der Lutherbibel. In der Reihe „Luthertum“ Heft 24. Lutherisches Verlagshaus, Berlin 1960, 56 S., 6,40 DM.

Ernst Kinder: Die Bedeutung der Einsetzungsworte beim Abendmahl nach lutherischem Verständnis und Wolfgang Schanze: Die Konsekrationspraxis in der lutherischen Kirche. In der Reihe „Luthertum“ Heft 25. Lutherisches Verlagshaus, Berlin 1961, 48 S., 4,80 DM.

Peter Meinhold: Philipp Melanchthon. Der Lehrer der Kirche. Lutherisches Verlagshaus, Berlin 1960, 155 S., 9,40 DM.

Gottfried Niemeier: Die Lehre vom Heiligen Abendmahl. Christian Kaiser-Verlag, München 1961, ca. 320 S., 16,— DM.

Hermann Dietzfelbinger: Die eine Kirche und die Reformation. Matthias Claudius Verlag, München 1961, 116 S., 6,80 DM.

Hugo Schnell: Wiedervereinigung mit Rom? Matthias Claudius Verlag, München 1961, 16 S., 1,80 DM.

Albrecht Peters: Realpräsenz Luthers Zeugnis von Christi Gegenwart im Abendmahl. In der Reihe „Arbeiten zur Geschichte und Theologie des Luthertums“ Band V. Lutherisches Verlagshaus, Berlin 1960, 211 S., 15,80 DM.

Georg Prater: Lasset uns halten an dem Bekenntnis. Persönliche Erinnerungen aus dem Kirchenkampf in Sachsen. Ev. Presseverband Schleswig-Holstein, Kiel 1960, 32 S., 2,20 DM.

IV. Personalmeldungen

Theologischer Ausschub

Die Kirchenleitung hat zu neuen Mitgliedern des Theologischen Ausschusses Professor Dr. Wilhelm Andersen, Neuendettelsau, Studiendirektor Dr. Werner Krusche, Lückendorf, und Oberkirchenrat Paul Reinhardt, Hamburg, berufen.

Oekumenischer Ausschub

Die Kirchenleitung hat als Mitglied in den Oekumenischen Ausschub Hauptpastor Dr. Hans-Heinrich Harms, Hamburg, berufen.

Ausschub für Fragen des gemeindlichen Lebens

Bischof D. Wester sah sich gezwungen, wegen seiner sonstigen Verpflichtungen den Vorsitz niederzulegen. Die Kirchenleitung hat am 5. Juli 1960 Oberkirchenrat Hans Schmidt, München, zum neuen Vorsitzenden berufen.

Anstelle von Landessuperintendent Hoyer, Stade, Pastor Kreye, Hamburg, Senior Meyer, Lübeck, und Oberlandeskirchenrat Schmidt, Kiel, hat die Kirchen-

leitung zu neuen Ausschubmitgliedern berufen: Senior Ernst Jansen, Lübeck, Pastor Erich Meder, Hamburg, Landeskirchenrat Eberhard Schwarz, Kiel, und Oberkirchenrat Lic. Wilhelm Thomas, Hannover.

Prediger- und Studienseminar der Vereinigten Kirche

Pastor Dr. Ernst-Wilhelm Wendebourg, Clausthal-Zellerfeld, wurde von der Kirchenleitung unter Berufung in das Kirchenbeamtenverhältnis auf Zeit zum Studieninspektor des Prediger- und Studienseminars der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands berufen. Der Amtsantritt erfolgte am 1. Oktober 1960.

Der Leitende Bischof führte den Rektor des Prediger- und Studienseminars der Vereinigten Kirche in Pullach Dr. Herbert Breit und Studieninspektor Dr. Ernst-Wilhelm Wendebourg am 1. November 1960 in der St. Matthäus-Kirche zu München in ihr Amt ein.

Anstelle von Senior Meyer, der in den Ruhestand trat, vertritt Senior Ernst Jansen die evangelisch-lutherische Kirche in Lübeck im Beirat.

V. Aus den Gliedkirchen

Beschluß der Kirchenleitung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens zur Erprobung von Teilen des dritten Bandes der Agende für evangelisch-lutherische Kirchen und Gemeinden (Die kirchlichen Handlungen).

Vom 16. Februar 1960.

(Nachdruck aus ABl. A 11.)

Um ein auf Erfahrungen gegründetes Urteil über die Brauchbarkeit der für die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands bearbeiteten neuen Agende für die kirchlichen Handlungen zu gewinnen, hat die Kirchenleitung unter Bewilligung einer Ausnahme von § 27 Abs. 2 Nr. 5 der Kirchenverfassung vom 13. Dezember 1950 (Amtsblatt Seite A 99 unter II Nr. 63) nach § 52 der Kirchenverfassung folgendes beschlossen:

Aus dem von der Kirchenleitung der Vereinigten Ev.-Luth. Kirche Deutschlands 1958 herausgegebenen dritten Band der Agende für evangelisch-lutherische Kirchen und Gemeinden (Die kirchlichen Handlungen) werden nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen

- a) die Ordnung des Begräbnisses,
 - b) die Ordnung des Übertritts zur ev.-luth. Kirche,
 - c) die Ordnung der Wiederaufnahme in die ev.-luth. Kirche,
 - d) die Ordnung für die Feier zum Gedächtnis der Trauung,
 - e) die Ordnung für die Feier zum Gedächtnis der Konfirmation und
 - f) die Ordnung für die Feier zum Gedächtnis der Ordination zur Erprobung freigegeben:
1. Die Erprobung wird empfohlen.
 2. In jeder Kirchengemeinde — auch wenn mehrere Pfarrer vorhanden sind — ist einheitlich zu handeln.
 3. Der Gebrauch der genannten agendarischen Ordnungen in einer Kirchengemeinde zur Erprobung an Stelle der geltenden Agende bedarf der Zustimmung des Kirchenvorstandes. Wenn mehrere Pfarrer vorhanden sind, ist außerdem übereinstimmender Beschluß dieser Pfarrer nötig.
 4. Die Erprobung umfaßt jeweils die ganze agendarische Ordnung der kirchlichen Handlung. Nicht statthaft ist, Teile der neuen Ordnung mit Teilen der alten zu verbinden.
 5. Die Erprobung kann jederzeit mit Zustimmung des Kirchenvorstandes beendet werden. Wenn mehrere Pfarrer vorhanden sind, ist außerdem deren übereinstimmender Beschluß nötig.
Nach Abschluß der Erprobung ist die kirchliche Handlung wieder nach der bisher geltenden Agende zu vollziehen.
 6. Durchführungsbestimmungen erläßt das Landeskirchenamt.
 7. Für andere in dem genannten dritten Bande der Agende für evangelisch-lutherische Kirchen und Gemeinden enthaltene kirchliche Ordnungen gilt diese Verordnung nicht. Soweit für die entsprechenden kirchlichen Handlungen nicht schon anderes verordnet ist (wie für die Ordnung der Taufe, für die Ordnung der Konfirmation und für die Ordnung der Trauung), sind diese nach der bisher geltenden Agende zu vollziehen.

Evangelisch-Lutherisches Landeskirchenamt Sachsens

D. Noth

I. V. Kandler

Kirchengesetz der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens über die Neufassung der Ordnung der Zucht für kirchliche Amtsträger.

Vom 24. November 1960.

(Nachdruck aus ABl. A 73)

Die Landessynode hat beschlossen, die durch Kirchengesetz über die Neufassung vom 27. November 1956 (Amtsblatt Seite A 78 unter II Nr. 43) und durch das Änderungsgesetz vom 22. April 1959 (Amtsblatt Seite A 19 unter II Nr. 13) geänderte Ordnung der Zucht für kirchliche Amtsträger vom 16. Dezember 1945 nachträglich abgedruckt im Amtsblatt 1949 auf Seite A 34 unter Nr. 14) anderweit wie folgt neu zu fassen:

§ 1

Die Disziplinarordnung für die Geistlichen vom 21. September 1926 (Kons.-Bl. S. 109), die Dienststrafordnung für die landeskirchlichen Beamten vom 22. September 1926 (Kons.-Bl. S. 118) und die §§ 28 bis 36 des Kirchengesetzes über die Rechtsverhältnisse der Kirchengemeindebeamten vom 23. September 1926 (Kons.-Bl. S. 124) werden mit nachstehenden Änderungen als „Ordnung der Zucht für kirchliche Amtsträger“ angewendet.

§ 2

Das Verfahren setzt nur ein, wenn seelsorgerliche Bemühungen oder dienstaufsichtliche Maßnahmen nicht zu einer Behebung der Anstöße geführt haben oder führen können.

§ 3

Erscheint es geboten, so stellt das Landeskirchenamt die erforderlichen Ermittlungen an, ohne an das in den Disziplinarordnungen von 1926 vorgeschriebene Untersuchungsverfahren gebunden zu sein.

§ 4

(1) Das Landeskirchenamt entscheidet darüber, ob eine Zuchtmaßnahme zu treffen ist oder nicht.

(2) In ersterem Falle hat es eine mündliche Verhandlung mit dem Beschuldigten abzuhalten. Diese Verhandlung wird mit Gebet eröffnet und geschlossen.

(3) Der Beschuldigte kann sich eines Beistandes bedienen. Dieser muß ein im Leben der Kirche stehendes Glied der Landeskirche sein. Er ist dem Landeskirchenamt rechtzeitig vor der mündlichen Verhandlung zu benennen. Das Landeskirchenamt kann den Beistand zurückweisen und dem Beschuldigten die Benennung eines anderen Beistandes anheimgeben.

(4) Wenn der Beschuldigte nicht erscheint oder am Erscheinen verhindert ist, das Verfahren aber auch nicht aufgeschoben werden kann, ist die mündliche Verhandlung auch in seiner Abwesenheit zulässig. Dann ist dem Beschuldigten vom Landeskirchenamt ein Beistand zu bestellen, es sei denn, daß er selbst einen Beistand gewählt hat und dieser vom Landeskirchenamt nicht zurückgewiesen worden ist.

§ 5

Das Landeskirchenamt kann folgende Maßnahmen der Zucht für kirchliche Amtsträger treffen:

1. Warnung
2. Verweis
3. öffentlicher Widerruf vor der Gemeinde

4. Entschuldigung oder Wiedergutmachung eines Unrechtes vor der Gemeinde oder dem betreffenden Gemeindeglied
5. Übergang in eine andere Stelle
6. Amtsenthebung
7. Dienstentlassung
8. Aberkennung der Rechte, die durch die Ordination verliehen sind.

§ 6

Aus den Tatsachen, die zu der Maßnahme des Übergangs in eine andere Stelle (§ 5 Nr. 5) geführt haben, kann die Gemeinde, in die der Geistliche versetzt werden soll, keinen Grund zum Einspruch herleiten.

§ 7

(1) Einem kirchlichen Amtsträger, gegen den rechtskräftig auf Amtsenthebung erkannt worden ist, sind auf die Dauer der Amtsenthebung Übergangsbezüge zu gewähren.

(2) Diese Übergangsbezüge betragen vier Fünftel der Bezüge, die der Amtsträger jeweils erhielt, wenn er zum Zeitpunkte der Amtsenthebung in den Ruhestand versetzt worden wäre, jedoch mindestens ein Viertel und höchstens die Hälfte der Dienstbezüge, die ihm zuständen, wenn er nicht des Amtes enthoben worden wäre.

(3) Während der Dauer der Amtsenthebung ruht der Anspruch des kirchlichen Amtsträgers auf das Ruhegehalt. Mit seiner ständigen Wiederanstellung in der Landeskirche lebt der Anspruch wieder auf. In das Besoldungs- und das Ruhegehaltendienstalter ist die Amtsenthebungszeit nicht einzurechnen.

(4) Kirchliche Amtsträger, die des Amtes enthoben sind, haben die Pflicht, eine ihnen vom Landeskirchenamt zugewiesene Beschäftigung anzunehmen. Eine für diese Beschäftigung gewährte Vergütung ist auf die Übergangsbezüge anzurechnen. Erfordert die andere Beschäftigung einen Wohnungswechsel, so hat der kirchliche Amtsträger Anspruch auf Erstattung der Umzugskosten nach den allgemeinen Bestimmungen. Verweigert er eine ihm angetragene Beschäftigung ohne vom Landeskirchenamt anerkannten Gründe, so verliert er den Anspruch auf die Übergangsbezüge.

(5) Die Übergangsbezüge hat das Landeskirchenamt aus landeskirchlichen Mitteln zu zahlen. Jedoch hat die kirchliche Stelle, der die Tätigkeit des amtsenthobenen kirchlichen Amtsträgers zugute kommt, die Beschäftigungsvergütung zu zahlen. Sie ist auf die Übergangsbezüge anzurechnen.

(6) Für die Beschäftigung amtsenthobener Geistlicher gilt § 14 der Disziplinarordnung vom 21. September 1926.

(7) Die Wiederanstellung amtsenthobener kirchlicher Amtsträger bedarf der Genehmigung des Landeskirchenamtes.

§ 8

(1) Die Entscheidung, mit der eine Maßnahme nach § 5 getroffen wird, haben mindestens zwei theologische und zwei nichttheologische Mitglieder des Landeskirchenamtes zu fällen. Einem Mitglied des Landeskirchenamtes steht insoweit gleich, wer mit den vollen Aufgaben eines Mitgliedes des Landeskirchenamtes betraut ist.

(2) Von der Mitwirkung bei der Entscheidung ausgeschlossen ist,

wer die Ermittlungen nach § 3 geführt hat

wer den Einleitungsbeschluß unterschrieben hat und der für den Beschuldigten zuständige Personaldezernent.

(3) Die Entscheidung erfordert eine Mehrheit von zwei Dritteln der bei der Entscheidung Mitwirkenden.

§ 9

Die Entscheidung ist in der mündlichen Verhandlung unter Mitteilung der wesentlichen Gründe zu verkünden. Eine schriftliche Ausfertigung ist dem Beschuldigten zuzusenden. Sie soll von allen Mitgliedern, die bei der Entscheidung beteiligt waren, unterschrieben werden.

§ 10

(1) Gegen die Entscheidung kann der Beschuldigte binnen eines Monats nach Empfang der Ausfertigung der Entscheidung Antrag auf Überprüfung beim Landeskirchenamt stellen. Der Antrag ist zu begründen.

(2) Wenn die mündliche Verhandlung in Abwesenheit des Beschuldigten stattgefunden hat (vgl. § 4 Abs. 4), ist die Entscheidung des Landeskirchenamtes auf jeden Fall zu überprüfen.

§ 11

Die Nachprüfung nimmt ein Ausschuß vor, der aus sechs von der Landessynode aus ihrer Mitte gewählten Mitgliedern, drei Geistlichen und drei Laien, und dem Landesbischof als Vorsitzenden besteht. Unter den Laien soll ein Rechtskundiger sein.

§ 12

(1) Der Ausschuß hat den Antrag auf Nachprüfung als unzulässig zu verwerfen, wenn er nicht rechtzeitig gestellt oder nicht begründet worden ist. Sonst hat der Ausschuß den Antrag als unbegründet zurückzuweisen oder in der Sache anderweit zu entscheiden.

(2) Bei Überprüfungen nach § 10 Abs. 2 hat der Ausschuß entweder die Entscheidung des Landeskirchenamtes zu bestätigen oder in der Sache anderweit zu entscheiden.

(3) Die Vorschriften in den §§ 4 bis 6 und § 8 Abs. 2 gelten entsprechend.

§ 13

Erforderliche Ausführungsvorschriften erläßt das Landeskirchenamt.

Dresden, am 24. November 1960.

**Die Kirchenleitung der Evangelisch-Lutherischen
Landeskirche Sachsens**

D. Noth

Bekanntmachung des Landeskirchenrates der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern zur Altarausgabe der Agende I — Ausgabe Bayern.

Vom 30. April 1960.

(Nachdruck aus ABl. S. 42)

In diesen Tagen wird jedem Pfarramt und jedem Expon, Vikariat ein Exemplar der Altarausgabe der Agende I, Ausgabe für Bayern, zugestellt. Die Erstausstattung erfolgt kostenlos. In diesem Agendenband ist sowohl die neue als auch die bisherige Gottesdienstordnung enthalten, so daß er in allen Gemeinden unserer Landeskirche verwendet werden kann, unabhängig davon, ob Agende I eingeführt ist oder nicht.

Für Filialkirchen und Predigtstationen können die benötigten weiteren Exemplare bestellt werden, die in Leinen kostenlos geliefert werden. Wenn in Leder gebundene Exemplare gewünscht werden, sind diese gegen Berechnung eines Aufpreises von DM 15,— pro Exemplar zu beziehen. Bestellungen wollen bis zum 15. Juni 1960 hierher dekanatsweise gesammelt oder einzeln vorgelegt werden.

Über die Anordnung der einzelnen Stücke und eine sachgemäße Benützung unterrichten am besten die „Hinweise zum Gebrauch der Altarausgabe“, die auf der Innenseite des hinteren Einbanddeckels angebracht sind. Es wird empfohlen, diese Hinweise nach Erhalt der Agende genau durchzusehen.

Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß schon am 27. April 1956 die Landessynode beschlossen hat, daß die in Agende I enthaltenen wechselnden Stücke des Gottesdienstes (Proprium) und die sonstigen Gebete zum Gebrauch allgemein zugelassen werden (KABl. 1956, S. 66). Aus Anlaß der Ingebrauchnahme der Agende I wird an diesen Beschluß erinnert. Er zeigt die Möglichkeit auf, wie auch in den Gemeinden, in denen die bisherige Gottesdienstordnung in Gebrauch ist, das reiche in der Altarausgabe dargebotene Material verwendet werden kann.

Im einzelnen wird in Übereinstimmung mit den Richtlinien des Landeskirchenrats vom 9. Juni 1956 (KABl. 1956 S. 66) folgendes bekanntgegeben:

1. Die Gebete

- a) Allgemeines Kirchengebet und Predigtschlußgebet (S. 268—338. Vgl. dazu die Ziffern 32 und 33 der Anweisungen zum Gebrauch der Agende I, S. 17).

Es ist zu beachten, daß das Allgemeine Kirchengebet, das entsprechend der in Ziffer 33 der Anweisungen dargelegten Dreiteilung seinem Inhalt nach ein Fürbittengebet ist, nicht als eine Art Predigtschlußgebet gestaltet wird. Solange in einer Gemeinde das auf die Predigt bezogene Gebet unmittelbar nach der Predigt (Predigtschlußgebet) nicht eingeführt ist, wird vorgeschlagen, im Eingang zum Fürbittengebet nach dem Muster der Prosphonese A 4 (S. 284 ff.), der Ektenie B 4 (S. 301 ff.) und des Diakonischen Gebets C 3 (S. 328 ff.) auf die Predigt Bezug zu nehmen. Ausdrücklich sei bemerkt, daß mit Bedacht nur wenige Fürbittengebete in Agende I enthalten sind. Die Gemeinde wird sich eher mit den Fürbitten vertraut machen und sie besser mitbeten können, wenn hier ein allzu häufiger Wechsel vermieden wird.

Die Ektenie und das Diakonische Gebet können nur nach vorhergegangener Zurüstung der Gemeinde, die sich aber nicht nur auf das Einüben des gemeinsamen Gebetsrufes beschränken darf, verwendet werden. Bei der Ektenie kann auch der Pfarrer die in Agende I dem Lektor übertragenen Gebetsanliegen selbst ankündigen.

- b) Gebete vor und nach der Predigt (S. 339—369).

Sie sind vor allem für die Form des Predigtgottesdienstes bestimmt und können in Frühgottesdiensten am Sonntag oder in Wochengottesdiensten Verwendung finden. Die Eingangsgebete sollen im Hauptgottesdienst nicht an die Stelle der Kollekten treten.

- c) Die Pfarrgebete zum Gottesdienst (S. 370—373) sind nur Vorschlag und allgemeine Wegweisung, die dem Beter Hilfe leisten sollen. Sie wollen also nicht, genau so wenig wie die in der bayerischen Agende abgedruckten Sakristeigebete, das freie Gebet verdrängen.

2. Die wechselnden Stücke im Gottesdienst

(Proprium S. 43—194²⁷).

- a) Antiphon (Leitvers)

Es bestehen keine Bedenken, die Antiphonen auch zu den Introiten der Gottesdienstordnung von 1854 von einem Chor singen zu lassen. Auf die Zugehörigkeit zum entsprechenden Psalmton ist allerdings dabei Rücksicht zu nehmen. Die Antiphonen finden sich vor den Introiten der neuen Gottesdienstordnung im neuen Gesangbuch und in der Altarausgabe der Agende. Für die musikalische Gestaltung ist ein eigenes Antiphonenheft herausgegeben worden, das beim Landeskirchenrat zum Preise von DM 1,— bezogen werden kann.

- b) Kollektengebet

Die Kollektengebete befinden sich in der Altarausgabe S. 43—193.

Es empfiehlt sich, besonders geeignete Kollekten ähnlich wie bei den Introiten auch über einen längeren Zeitraum zu verwenden, damit sich ihr Wortlaut der Gemeinde einprägt (vgl. Ziffer 51 der Anweisungen S. 19). Für den Schluß der Kollekte sind vier Möglichkeiten gegeben (vgl. Ziffer 52 der Anweisungen S. 19). Es ist nicht erforderlich, daß die Kollekte immer mit der festlichen ausführlichen Conclusio schließt.

- c) Schriftlesung

Auch wo die im Rahmen der bisherigen Gottesdienste festgesetzte einfache Schriftlesung geübt wird, kann Epistel bzw. Evangelium aus dem Proprium des betreffenden Tages in der Textgestalt des Lektionars gelesen werden. Eine Neuauflage des Lektionars mit dem Text der revidierten Ausgabe des Neuen Testaments wird gegenwärtig vorbereitet.

- d) Präfation

Gegenüber der bisherigen Agende ist in Agende I die Zahl der Präfationsgebete von 5 auf 15 erhöht, (vgl. im Anhang E der Altarausgabe, Seite [25] ff. und Seite [45]). Die dort angebotenen Präfationen können auch im Rahmen der bisherigen Gottesdienstordnung verwendet werden.

München, den 30. April 1960.

I. A.: Riedel

Bekanntmachung des Landeskirchenrates der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern zu Agende II.

Vom 20. Januar 1961.

(Nachdruck aus ABl. S. 16)

1) In diesen Tagen wird die Ausgabe der Agende II über die Dekanate versandt. Für alle Geistlichen im unmittelbaren Dienst der Landeskirche (Pfarrstelleninhaber, Exponierte Vikare, Vikare, Vikarinnen) und alle Geistlichen im Dienst der Inneren und Äußeren Mission sowie für alle Militärggeistlichen ist je 1 kostenloses Exemplar bestimmt. Die Bücher sind der Stelle zugedacht, sie gehen also nicht in das Eigentum des Stelleninhabers über. Privatexemplare können über den Buchhandel beim Lutherischen Verlagshaus Berlin bezogen werden.

2) In Agende II sind die Ordnungen der Gebetsgottesdienste enthalten. Dabei sind zu unterscheiden:

- a) Die Tageszeitengottesdienste
- b) Die Andacht und die Betstunde
- c) Die wechselnden Stücke für diese Gottesdienste
- d) Die Vigilien

Zu a) Die Ordnungen der Tageszeitengottesdienste sind — mit Ausnahme des Mittagsgebets — in die bayerische Ausgabe des Evang. Kirchengesangbuches aufgenommen (liturgischer Teil Nr. 30—32, Seite 92* ff.). Diese Ordnungen sind von der Generalsynode der VELKD beschlossen und von der Landessynode angenommen.

Die Einführung von Tageszeitengottesdiensten in der Gemeinde unterliegt der Beschlußfassung des Kirchenvorstandes (vergl. KABl. 1958 Seite 174). Da die Tageszeitengottesdienste meist von kleineren Kreisen der Gemeinde getragen werden, wird der Kirchenvorstand in der Regel der Einführung zustimmen. Wenn solche Gottesdienste abgehalten werden, soll der Rahmen der vorliegenden Ordnungen maßgebend sein. Diese Gottesdienste werden in den Gemeinden um so besser Wurzel schlagen, je weniger Änderungen an den vorgeschlagenen Formen vorgenommen werden. Zwischen der Ordnung im Gesangbuch und Agende II bestehen einige Unterschiede hinsichtlich der angegebenen Tonhöhe. Diese Differenzen sind sachlich belanglos, da die Tonhöhe in den Tageszeitengottesdiensten nicht absolut festgelegt ist, sondern der Stimmlage der Gemeinde angepaßt werden muß. In der bayerischen Ausgabe des Evang. Kirchengesangbuches wurde an einigen Stellen mit Rücksicht auf die gegenwärtig verhältnismäßig tiefe durchschnittliche Stimmlage eine andere Tonhöhe angegeben.

Außerdem wird darauf hingewiesen, daß die Wechselgebete in der bayerischen Ausgabe des Evang. Kirchengesangbuches und in Agende II nicht identisch sind. Im Gesangbuch wurde eine für die Gemeinde leichter zu praktizierende Auswahl aus den vorgeschlagenen Bitten getroffen. Wenn die Gemeinde am Wechselgebet beteiligt ist, soll die im Gesangbuch wiedergegebene Form zugrundegelegt werden.

Zu b) und c) Die für die Andacht und die Betstunde vorgeschlagenen Ordnungen und die wechselnden Stücke sind noch nicht von der Generalsynode der VELKD beschlossen. Sie sind aber von der Kirchenleitung und der Bischofskonferenz gründlich geprüft und zur Erprobung freigegeben. Anregungen und Änderungswünsche können für diese Teile gemeldet werden. Sie werden bei der endgültigen Beschlußfassung, die in etwa 10 Jahren geplant ist, nach Möglichkeit berücksichtigt.

Die Ordnungen der Andacht und der Betstunde sowie die wechselnden Stücke sind in erster Linie als hilfreiche Vorschläge zu verstehen. Sie sind also noch nicht verpflichtende Ordnung. Deshalb ist auch keine förmliche Beschlußfassung des Kirchenvorstandes über die Ausgestaltung von Andacht und Gebetstunde notwendig. Es wird aber empfohlen, den Kirchenvorstand zu unterrichten und ihm Gelegenheit zur Aussprache zu geben. Die vorliegende Form der Ordnung kann den örtlichen Gegebenheiten entsprechend auch einmal in abgewandelter Form gebraucht werden.

Die Vorschläge, insbesondere für Gebete und Lesungen, sind eine große Hilfe für die Ausgestaltung von Gebetsgottesdiensten. Besonders sei hingewiesen auf das reiche Material, das gerade für Passionsgottesdienste angeboten ist und das sich auf vielfache Weise bewährt.

Bei richtiger Verwendung kann Agende II viel dazu helfen, daß Andacht und Gebet in der Gemeinde lebendig erhalten und vertieft wird.

Zu d) Eine besondere Gattung bilden die Vigilien und unter ihnen besonders die Feier der Osternacht. Die Osternachtsfeier ist eine alte kirchliche Übung. Sie ist in den letzten Jahren in verschiedenen Gemeinden der Landeskirche wieder eingeführt worden. Bei ihrer Neu-

eingührung ist Behutsamkeit nötig, da manche Stücke dieses Gottesdienstes den Gemeinden nicht ohne weiteres geläufig sind. Deshalb soll die Einführung nicht ohne Zustimmung des Kirchenvorstandes vorgenommen werden.

München, den 20. Januar 1961

D. Dietzfelbinger DD.

Bekanntmachung des Landeskirchenrates der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern betr. Predigttexte.

Vom 4. November 1960.

(Nachdruck aus ABl. S. 116)

Die schon längere Zeit zur Erprobung im Bereich der Landeskirche freigegebene, von der Luth. Liturgischen Konferenz Deutschlands bearbeitete

Ordnung der Predigttexte (OP-Reihen)

liegt nunmehr in endgültiger Gestalt broschiert vor. Das im Lutherischen Verlagshaus 1958 erschienene Heft mit der vollständigen Ordnung der Predigttexte geht sämtlichen Geistlichen über die Dekanate demnächst zu.

Diese Ordnung der Predigttexte wird hierdurch allgemein zur Benutzung freigegeben und empfohlen. Es wird jedoch die in Bekanntmachung vom 5. 4. 1946 Nr. 5633 (S. 47) veröffentlichte Perikopenordnung dadurch nicht außer Kraft gesetzt. Diejenigen Geistlichen, die ihren Predigten die bisher geltenden Perikopenreihen zugrundelegen wünschen, können ohne weiteres entsprechend verfahren.

Für das kommende Jahr 1960/61 ist aus der Ordnung der Predigttexte die Reihe der altkirchlichen Evangelien vorgesehen. Sie ist im Amtskalender unter OP abgedruckt. In der homiletischen Fachliteratur wird diese Predigttextreihe berücksichtigt.

Im übrigen bringen wir Punkt 7 der Perikopenordnung in Erinnerung, wonach die Geistlichen die von ihnen gewählte Perikopenreihe jährlich an das Dekanat zu melden haben. Die Verwendung anderer als der in der Ordnung der Predigttexte (OP-Reihen) oder in der Perikopenordnung enthaltenen Reihen — sei es während des ganzen Kirchenjahres, sei es während eines Teils eines solchen — ist nur nach vorheriger Genehmigung durch den Herrn Kreisdekan gestattet (KABl. 1924 S. 40).

München, den 4. November 1960

I. V.: D. Bezzel

Anmerkung:

Die vorliegende Ordnung der Predigttexte hat eine längere Vorgeschichte. Die ersten Ansätze der Neuordnung sind in der 1934 erschienenen Denkschrift „Das Kirchenjahr“ von Theodor Knolle und Wilhelm Stählin sichtbar geworden; hier wurde die grundsätzliche Bedeutung, welche die beiden altkirchlichen Lektionsreihen für die Ordnung des Jahres und das Proprium des Tages haben, zum ersten Male zusammenhängend verdeutlicht, wenn auch die daraus gezogenen praktischen Folgerungen inzwischen überholt sind. Die Arbeit wurde weitergeführt durch die „Ordnung der gottesdienstlichen Lesungen“, die Wilhelm Stählin auf Wunsch von Landesbischof Wurm im Auftrage des Evangelischen Oberkirchenrats in Stuttgart ausarbeitete mit dem Ziele, die Texte an dem liturgischen Charakter des jeweiligen Tages auszurichten. Die Denkschrift er-

schien 1949 im Quell-Verlag Stuttgart; ihre Ergebnisse wurden von der Lutherischen Liturgischen Konferenz Deutschlands mit mehrfachen notwendigen Änderungen, die sich vor allem aus der Umwandlung von Lese-Reihen zu Predigt-Reihen und aus der Gestaltung des Kirchenjahres ergaben, übernommen und als Entwurf eine „Ordnung der Predigttexte“ 1951 zur Erprobung gedruckt. Viele Landeskirchen — auch die Evang.-Luth. Kirche in Bayern (s. Bekanntmachung vom 21. 2. 1952 — KABL. S. 41 ff.) — gaben die neuen Reihen zur Erprobung frei, andere Kreise, insbesondere auch die Herausgeber der Göttinger Predigtmeditationen, schlossen sich an, so daß das Werk schon in diesem Stadium eine große Reichweite bekam. Die Erprobung wurde Ende 1956 abgeschlossen. Die daraufhin eingehenden Beurteilungen von Kirchenleitungen, Professoren, Pfarrkonventen und Geistlichen boten ein überreiches Material, das einen umfassenden Überblick über die Stärken und Schwächen des Entwurfs von 1951 ermöglichte und gleichzeitig gute Vorschläge für eine bessere Gestaltung bot. Das Material wurde in einem Ausschuß gründlich durchgearbeitet und einer Konferenz vorgelegt, auf der die weitaus meisten Kirchenleitungen, das Lutherische Kirchenamt in Hannover und die Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland, sowie ein Vertreter des Kreises der alttestamentlichen Sachbearbeiter (Prof. D. Hertzberg-Kiel), die Pastoralblätter, das Deutsche Pfarrerberblatt und als Herausgeber eigener Predigthilfen Bischof i. R. D. Dr. Stählin, dessen Vorarbeiten die ganze Frage in so grundlegender Weise geklärt hatten, vertreten waren. Diese im März 1956 tagende Konferenz legte die Richtlinien für die abschließende Gestaltung fest und gab in einer Reihe von Einzelfragen bestimmte Weisungen. Für die weitere Durchführung des Materials wurden zwei Referentengruppen gebildet. Nachdem in halbjähriger Tätigkeit die Arbeit der Referentengruppen abgeschlossen war, trat ein von der Konferenz gebildeter Hauptausschuß zusammen, um die endgültige Fassung der geplanten Textreihen herzustellen. Das Arbeitsergebnis des Hauptausschusses wurde allen Mitgliedern der Konferenz sowie den Kirchenleitungen zugestellt, im Laufe der Monate auf Grund der eingegangenen Äußerungen redaktionell verbessert und schließlich dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland vorgelegt, der es mit Beschluß vom 12. 4. 1957 empfehlend an die Gliedkirchen weitergab. Damit war das Werk zum Abschluß gebracht.

Bekanntmachung des Landeskirchenrates der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern zur Äußeren Mission — hier: „Die Sendung der Kirche in die Welt der Völker“.

Vom 12. August 1960
(Nachdruck aus ABL. S. 82)

Durch den Paul-Müller-Verlag gehen demnächst sämtlichen Pfarrämtern zur Weiterleitung an die Kirchenvorsteher die Referate und Beschlüsse der 5. Tagung der 2. Generalsynode der Vereinigten Evang.-Luth. Kirche in Deutschland vom 5.—9. 10. 1959 in Lübeck unter dem Titel „Die Sendung der Kirche in die Welt der Völker“ zu. Dieses Heft enthält auf S. 78 ff. eine kleine Handreichung für die Erörterung von Missionsfragen bei Gruppenbesprechungen (Bezirkssynode, Kirchenvorstand, Gemeindegruppen).

Die Herren Geistlichen sind verpflichtet, im Laufe des kommenden Winterhalbjahres im Rahmen einer Kirchenvorstandssitzung die Kirchenvorsteher über die Äußere Mission auf Grund dieser Unterlagen zu informieren und sich mit ihnen über die Lage des Missionsverständnisses in der örtlichen Gemeinde zu be-

sinnen. Dazu können die in der Handreichung gestellten Fragen eine Hilfe sein.

Die im Gefolge des letzten Krieges aufgetretenen mannigfachen Nöte im eigenen Lande haben im Zusammenhang mit dem kirchlichen Wiederaufbau unseren Blick dafür getrübt, was sich seit 1945 auf den Missionsfeldern ereignet hat. Die Entstehung selbständiger „Junger Kirchen“ in Asien und Afrika hat den engen Zusammenhang zwischen Ökumene und Mission aufgezeigt. Manche Türen haben sich für die Botschaft des Evangeliums geschlossen, andere Türen haben sich überraschend — oft weit — aufgetan.

Uns allen tut es not, daß wir angesichts der großen Taten Gottes in den Heidenländern unser Interesse der Äußeren Mission neu zuwenden und daß wir unsere Herzen aufschließen für das weltweite Werk der Verbreitung des christlichen Glaubens. Ein notwendiger Schritt hierzu ist die Information über den gegenwärtigen Stand der Missionsarbeit und die dadurch auf uns zukommenden Aufgaben.

Diesem Zweck sollen die vorgenannten Unterlagen dienen. Möge es Gott schenken, daß uns deutlich wird, wie arm wir sind, wenn wir an uns selbst und unseren Nöten haften bleiben, und wie reich wir werden, wenn wir erkennen, daß die frohe Botschaft nicht nur für uns da ist, sondern nach Christi Willen und Befehl aller Welt verkündigt werden soll. Der Missionsbefehl unseres Herrn ist an die ganze Kirche ergangen. Wir alle sind ihm Gehorsam schuldig.

München, den 12. August 1960

I. V.: D. Bezzel

Kirchengesetz der evangelisch-lutherischen Kirche in Lübeck über die Wahl des Bischofs und der hauptamtlichen Mitglieder der Kirchenleitung.

Vom 6. Juli 1960.

(Nachdruck aus KABL. S. 47)

In Ausführung der Artikel 62 und 89 der Kirchenverfassung haben Kirchenleitung und Synode der evangelisch-lutherischen Kirche in Lübeck gemäß Artikel 99 der Kirchenverfassung als Kirchengesetz beschlossen:

Wahlkollegium

§ 1

(1) Die Wahl des Bischofs und der hauptamtlichen Mitglieder der Kirchenleitung erfolgt auf Vorschlag des Wahlkollegiums.

(2) Dem Wahlkollegium gehören an:

- a) die Mitglieder der Kirchenleitung;
- b) der Vorstand der Synode;
- c) drei in einem Pfarramt festangestellte Pastoren, die nach jeder regelmäßigen Wahl zur Synode von dem Geistlichen Ministerium aus seiner Mitte gewählt werden; für jedes dieser Mitglieder ist ein Stellvertreter zu wählen;
- d) fünf Mitglieder, die nach jeder regelmäßigen Wahl zur Synode von der Synode aus ihrer Mitte gewählt werden; diese Mitglieder dürfen nicht Pastoren sein.

(3) Die Mitglieder des Wahlkollegiums bleiben bis zur Neuwahl ihrer Nachfolger im Amt. Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, so findet eine Nachwahl für den Rest der Amtszeit statt.

(4) Die Mitglieder des Wahlkollegiums sind bei ihren Entscheidungen an Weisungen nicht gebunden; sie sind

verpflichtet, die Unabhängigkeit des Wahlkollegiums zu wahren.

§ 2

(1) Den Vorsitz im Wahlkollegium führt der Vorsitzende der Kirchenleitung, bei seiner Verhinderung sein Stellvertreter oder bei dessen Verhinderung das älteste geistliche Mitglied des Wahlkollegiums.

(2) Die Sitzungen des Wahlkollegiums sind nicht öffentlich. Über den Hergang der Beratung und über die Stimmenverhältnisse bei den Abstimmungen haben alle Teilnehmer der Sitzung Stillschweigen zu bewahren. Das gleiche gilt von dem Inhalt der vorbereiteten Beschlüsse, sofern nicht vom Wahlkollegium im Einzelfall etwas anderes beschlossen wird. Auf die Amtsverschwiegenheit sind die Sitzungsteilnehmer von dem Vorsitzenden vor Beginn der Verhandlungen ausdrücklich hinzuweisen.

§ 3

(1) Das Wahlkollegium ist beschlußfähig, wenn mindestens zwei Drittel seiner Mitglieder anwesend sind.

(2) Beschlüsse des Wahlkollegiums, die seinen Geschäftsgang betreffen, werden, sofern Einmütigkeit nicht zu erzielen ist, mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefaßt. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende.

(3) Kein Mitglied des Wahlkollegiums darf in eigener Sache mitberaten und abstimmen.

Wahl des Bischofs

§ 4

(1) Die Wahl des Bischofs erfolgt auf Anordnung der Kirchenleitung.

(2) Vor der Wahl ist in den Gottesdiensten aller Gemeinden Fürbitte zu tun.

§ 5

Das Wahlkollegium bittet den Leitenden Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands oder, wenn dieser verhindert ist, ein anderes Mitglied der Bischofskonferenz, an den Sitzungen des Wahlkollegiums mit Stimmrecht teilzunehmen.

§ 6

(1) Jedes Mitglied der Kirchenleitung, der Synode und des Geistlichen Ministeriums hat das Recht, einen Namen für die Wahl des Bischofs zu nennen.

(2) Der Vorsitzende des Wahlkollegiums fordert die Berechtigten auf, ihm innerhalb einer Frist von wenigstens zwei Wochen einen Namen schriftlich vorzuschlagen.

§ 7

(1) Das Wahlkollegium stellt einen Wahlvorschlag auf, der einen oder zwei Namen enthalten kann.

(2) Die Feststellung des Wahlvorschlages erfolgt in geheimer Abstimmung mit Stimmzetteln.

(3) Für jeden Vorgeschlagenen muß eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Mitglieder des Wahlkollegiums gestimmt haben.

§ 8

(1) Der Wahlvorschlag des Wahlkollegiums ist zunächst dem Geistlichen Ministerium zuzuleiten.

(2) Erhebt das Geistliche Ministerium gegen einen Vorgeschlagenen oder die Beschränkung des Wahlvorschlages auf nur einen Namen mit der Mehrheit seiner Mitglieder Widerspruch, so geht der Wahlvorschlag an das Wahlkollegium zurück. Das Wahlkollegium darf

einen vom Geistlichen Ministerium Abgelehnten nicht erneut vorschlagen.

(3) Für die Beratung im Geistlichen Ministerium gilt § 2 Absatz 2.

§ 9

Nachdem der Wahlvorschlag dem Geistlichen Ministerium vorgelegen hat, unterrichtet der Vorsitzende des Wahlkollegiums die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands und die Evangelische Kirche in Deutschland über den Wahlvorschlag.

§ 10

(1) Die Wahl des Bischofs erfolgt durch Kirchenleitung und Synode in gemeinsamer nichtöffentlicher Sitzung unter der Leitung des Präses der Synode.

(2) Zu der Wahlsitzung ist unter vertraulicher Bekanntgabe des Wahlvorschlages mit einer Frist von mindestens einer Woche und höchstens zwei Wochen einzuladen.

(3) Die Wahlkörperschaft ist beschlußfähig, wenn mindestens zwei Drittel der Mitglieder anwesend sind.

(4) Der Wahlvorschlag ist durch den Vorsitzenden des Wahlkollegiums zu begründen. Die Wahl wird ohne Aussprache in geheimer Abstimmung mit Stimmzetteln vollzogen.

§ 11

(1) Enthält der Wahlvorschlag des Wahlkollegiums nur einen Namen, so ist der Vorgeschlagene gewählt, wenn er eine Stimmenmehrheit von mindestens zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder der Wahlkörperschaft erhält. Kommt diese Mehrheit nicht zustande, so geht der Wahlvorschlag an das Wahlkollegium zurück.

(2) Das Wahlkollegium hat nunmehr einen Wahlvorschlag vorzulegen, der zwei Namen enthält. Die Wahl vollzieht sich dann nach den Bestimmungen des § 12 unter Beachtung der §§ 8 und 9.

§ 12

Legt das Wahlkollegium einen Wahlvorschlag vor, der zwei Namen enthält, so ist der Vorgeschlagene gewählt, für den die Mehrheit aller Mitglieder der Wahlkörperschaft gestimmt hat. Wird diese Mehrheit im ersten und auch in einem am gleichen Tage stattfindenden zweiten Wahlgang nicht erreicht, so hat das Wahlkollegium ein neues Wahlverfahren einzuleiten. Dies darf, wenn eine ergebnislose Wahl gemäß § 11 vorausgegangen ist, nicht vor Ablauf von sechs Monaten geschehen.

§ 13

Der Präses der Synode teilt dem Gewählten die vollzogene Wahl mit. Nach Annahme der Wahl wird der Gewählte unter Überreichung der von dem Vorsitzenden der Kirchenleitung und dem Präses der Synode vollzogenen Berufungsurkunde in einem Gottesdienst in sein Amt eingeführt. Bei der Einführung ist er auf treue und gewissenhafte Amtsführung nach dem Bekenntnis und den Ordnungen der Landeskirche zu verpflichten. Mit der Einführung tritt der Gewählte sein Amt an.

Wahl des Seniors und des Oberkirchenrats

§ 14

Für die Wahl des Seniors gelten die Bestimmungen der §§ 4, 6, 7, 8, 10, 11, 12 und 13. Jedoch entscheidet bei den Abstimmungen im Wahlkollegium und in der Wahlkörperschaft die Mehrheit der anwesenden Mitglieder und bei Stimmengleichheit das Los, das durch den Vorsitzenden zu ziehen ist.

§ 15

Für die Wahl des Oberkirchenrats gelten die Bestimmungen des § 14, jedoch findet § 8 keine Anwendung. Über den Wahlvorschlag des Wahlkollegiums ist die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands zu unterrichten.

Das vorstehende von der Synode am 30. Juni 1960 und von der Kirchenleitung am 6. Juli 1960 beschlossene Kirchengesetz wird verkündet.

Lübeck, den 6. Juli 1960

Die Kirchenleitung

Göbel

Beschluß der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs zur Ordnung der Trauung.

Vom 15. November 1960.

(Nachdruck aus ABl. 1961, S. 1)

Die Landessynode hat auf ihrer Tagung vom 8. bis 13. Mai 1960 folgenden Beschluß gefaßt, der hiermit veröffentlicht wird:

Die „Ordnung der Trauung“ (Agende III der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands) wird für die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Mecklenburgs zur Erprobung freigegeben.

Es sind folgende Anreden an den Mann und die Frau zu gebrauchen:

„N. N., willst Du diese N. N., die Gott Dir anvertraut (Anrede an den Mann)“

„N. N., geb. N., willst Du diesen N. N., den Gott Dir anvertraut (Anrede an die Frau)“

Folgt die Trauung der Eheschließung am gleichen Tage nach, kann die Braut mit ihrem Vornamen und Mädchennamen angesprochen werden.

Die verbindliche Einführung der Trauordnung bleibt einem späteren Beschluß der Landessynode vorbehalten.

Schwerin, den 15. November 1960

Der Oberkirchenrat

Beste

Bekanntmachung des Landeskirchenrates der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen zur Auslegung der Ordnung des kirchlichen Lebens der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands.

Vom 3. Januar 1961.

(Nachdruck aus ABl. S. 14)

Die Ordnung des kirchlichen Lebens der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands sieht in Abschnitt I (Taufe) Ziffer 7, Absatz 2 vor, daß, sofern nur ein Elternteil der evangelischen Kirche angehört, eine Taufe neben anderen Voraussetzungen nur dann zulässig ist, wenn der „der evangelischen Kirche nicht angehörende Elternteil schriftlich erklärt, daß er die evangelische Erziehung des Kindes nicht hindern will“. Diese Vorschrift gründet im letzten Satz des Ab-

schnitts I, Ziffer 7, wonach die Taufe versagt werden muß, wenn die evangelische Erziehung des Täuflings ernstlich in Frage gestellt ist. Bei der Auslegung des Satzes in Ziffer 7 Absatz 2 sind Zweifel darüber entstanden, ob unter allen Umständen die Taufe versagt werden muß, wenn die schriftliche Bescheinigung nicht vorliegt oder ob nach seelsorgerlichem Ermessen gemäß Absatz 4 der Ziffer 7 die Taufe gewährt werden kann, wenn zwar die schriftliche Erklärung fehlte, aber die christliche Erziehung gewährleistet ist.

Zur Auslegung dieser Sätze stellt die Vereinigte Kirche mit Schreiben vom 26. November 1960 — Tgb. — 4986/IV — folgendes fest:

„1. Absatz 4 (Verantwortung des zuständigen Seelsorgers für die Versagung der Taufe) bezieht sich auf die beiden vorhergehenden Absätze 2 und 3.

Zwar wird in Absatz 2 nicht explizit von Versagung gesprochen. Es ist aber der vorausgehende Schlusssatz von Absatz 1 zu beachten. Dieser Satz und Absatz 4 sind der Rahmen für das Verständnis der Absätze 2 und 3. Die Zuständigkeit des Seelsorgers bei Versagung der Taufe bezieht sich daher auch auf die in Absatz 2 angeführten Umstände. Die in Abschnitt VI, Ziffer 6 geübte Unterscheidung zwischen zwingenden Hinderungsgründen und solchen Umständen, die in starkem Maße dem Ermessen unterliegen, kann nicht analog auf Abschnitt I Ziffer 7 angewendet werden.

2. Die Ausnahmeregelung am Ende Absatz 3 gilt für alle angeführten Fälle a—d und in gleicher Weise für Absatz 2. Beim Druck ist übersehen worden, den Satz „Die Taufe kann in solchen Fällen ausnahmsweise gewährt werden . . .“ als eigenen Absatz herauszustellen. Wir sind der Genesis von Ziffer 7 nachgegangen und haben in Bezug auf die in Absatz 2 geforderte schriftliche Erklärung folgendes festgestellt:

Es lag den Initiatoren daran, die enge Verbindung zwischen dem Taufsakrament und der christlichen Unterweisung herauszustellen. Die schriftliche Erklärung des nicht-evangelischen Elternteils soll dabei zum Ausdruck bringen, daß die Gewissensfreiheit geachtet und das Verfügungsrecht des nicht-evangelischen Teils nicht beschnitten wird.

Die oben dargelegte Interpretation entspricht auch dem besonderen Charakter der Lebensordnung, die nicht als Gesetz, sondern als allgemeine Richtschnur verstanden sein will. „Sie erspart auch im Einzelfall nicht die persönliche Entscheidung seelsorgerlicher Verantwortung“ (Vorwort). Der Pfarrer hätte etwa im vorliegenden Fall zu prüfen, ob die Haltung der Mutter nicht doch eine Taufe rechtfertigen könnte und ob der Vater die christliche Erziehung nicht hindern würde, auch wenn er nicht zur Abgabe einer schriftlichen Erklärung bereit ist“.

Wir bringen vorliegende Interpretation der Lebensordnung durch das Lutherische Kirchenamt den Pfarrern hiermit zur Kenntnis.

Eisenach, den 3. Januar 1961

Der Landeskirchenrat

Braecklein i.A.